

Er scheint täglich außer: Montags, Preis pränumerando Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingereicht in der Post-Bestellungs-Verzeichnisse für 1893 unter Nr. 6708.

# Vorwärts

Anfertigungs-Gebühr beträgt für die fünfzigste Hefennummer über den Raum 20 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen Tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Zentralsprecher: Amt 1. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 19. Oktober 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### „Sozialliberal.“

Ueber Eines kann sich der deutsche Liberalismus nicht ketteln, daß es ihm heute, in der schweren Zeit des Niederganges, der Scheidung und der Zerstückung, an wohlwollenden Beratern fehle. Zum mindesten einen Mahner besitzt die liberale Partei, der es an eindringlichen Mahnrufen nicht mangelt. Aber kennzeichnet etwas deutlich die Sachlage, als daß jede Mahnrede eine Strafpredigt, und daß der Mahner des Liberalismus zugleich dessen schärfster Bussprediger ist?

In der That er ist ein Prediger in der Wüste. Um ihn sammeln sich kein geschlossener Heerhaufen einsichtsvoller Männer, die bereit sind, die großen Ueberlieferungen des Liberalismus entschieden zu verteidigen und das politische Programm, das einst das jugendkräftige Bürgerthum aufgestellt hatte, zu verwirklichen. Wer aber gar wie der Warner, der heute zu den Liberalen spricht, eine Reihe sozialer Forderungen aufstellt und sie nöthigen will, positive Sozialpolitik in großem Stil zu treiben, der scheucht damit das Geschlecht, das auf die „Fehlreden“ des Herrn Richter schwört, mag es zum Theil auch der Wadelstrümpferei huldigen, so sicher auseinander, wie ein Schrotzettel eine Schaar von Spähen.

Das gilt für den Nationalliberalismus, diese konzentrierte Säure des Großkapitals, so gut wie für die im Geiste des heiligen Manchesters zur Seligkeit des Geldsacks eingehenden Gefolgsleute der Richter und der Richter. Von diesen Liberalen zu verlangen, daß sie sozial denken, empfinden, reden und handeln sollen, bedeutet, dem Dornstrauch aufzulegen, daß er Feigen trage. Soziale Politik und der geschichtlich gewordene Liberalismus unserer Tage — und mit dem was ist, müssen wir rechnen — schließen sich aus. Soziale Politik, das will sagen ernsthafte durchgreifende soziale Reformen auf volksthümlicher Grundlage, nicht die aus Wenn und Aber zusammengesetzte Spottgeburt einer Sozialreform von Oben, nicht der Arbeiterzug mit dem Guttschischen Stempel.

Aus dem gegebenen Stoffe einen Sozialliberalismus zu gestalten ist ein Un Ding. Unser deutsches Bürgerthum ist so schnell in Verfall gerathen, die Grundzüge der Jugendzeit sind mit solcher Hast aufgegeben worden, daß die bürgerliche Klasse heute in ihrer erdrückenden Mehrheit rein kapitalistische Ziele verfolgt. Der in zwei Lager gespaltene Deutschfreisinn zeugt von der Dummheit der Bourgeoisie, die sich nicht mehr den Luxus einer halbwegs anständigen Opposition erlauben darf. Das Wischen radikaler Forderungen, das der Deutschfreisinn in seinem linken Flügel noch vertritt, ist eitel Stülckwerk; für die weltbewegenden gesellschaftlichen Streitfragen aber ist dieser Freisinn blind und taub. Er wird von der siegreich vorwärtsschreitenden Arbeiterklasse erduldet und geduldet, weil er in einer

\*) Dr. J. Jastrow, Sozialliberal. Ein Bedruf zu den Landtagswahlen. Berlin. Verlag von Rosenbaum und Hart. 1893.

Reihe politischer Fragen in der Opposition steht. Wohin wäre er bei den letzten Wahlen gekommen, wenn nicht die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen das kleinere Uebel vorgezogen hätte? Daß diese Leute aber, denen ein gutkapitalistisches Herz unterm Wams schlägt, keine Sozialreform, die die Uebel an der Wurzel packt, unterstützen, leuchtet ein. Ihr Führer, der die Sozialdemokratie mit einem Chimborasso seiner spasshaften Streitschriftenmalulatur alles Ernstes erstickt zu haben glaubte, ist der treffliche Vertreter des ganzen Häufleins.

Und die um, Richter? Diese Mannesleuten, die auf allen Friedenskongressen die Schalmel der Völkerverbrüderung blasen und mit stilllichem Schwunge für jede Militärvorlage stimmen, wie sie denn auch in etwelchen Monden für die Reichsteuervorschläge des Spezialministers für die Interessen des Großkapitals, des Herrn Niquel, stimmen werden, sind gerade die Rechten. Etwas Herr Schrader ist wohl der geeignete, er der süßliche Schönredner für ethische Kultur, er der Stifter des molligen „Treuhändchens“, das sich über die deutschen Besitz nordamerikanischer Eisenbahnpapiere schützend ausstrecken sollte? Oder Herr Barth, der für „Treuhändchen“ in Amerika die Projektchen retten soll gegen den zum wer weiß wie vielen Male verkrachten und von der ganzen liberalen Presse ob seiner Reklame-„Böhlthätigkeit“ über den grünen Alee gelobten Rheinpfälzer und Humburg-Virtuosen Henry Willard? Herr Barth, der mit dem den Durchfallkandidaten Stettins, Herrn Brömel sich in die Aufgabe theilt, der Welt zu beweisen, daß ein echter und rechter Schüler des Bastiat-Schulze nichts lernt und nichts vergißt?

In diese politisch und sozial abgehaunten Parteien wendet sich der feinsinnige Eingänger des Liberalismus. Seine Schrift ist höchst lesenswerth, sie enthält neben allerlei Absonderlichem, neben mancher Schräulle, wie sie am grünen Tische den Gelehrten anliegt, eine solche Fülle trefflicher Gedanken und guter Anregungen, sie bietet einen so ausgezeichneten Stoff zur Aufklärung und zur Agitation, daß die Schrift als Lesebuch nicht so sehr für die blasierten Landtagswähler, sondern gerade für die aufgellärten Arbeiter aufs beste zu empfehlen ist.

Mit sachkundiger Hand wird die preussische Politik geschildert, die Verhältnisse des größten deutschen Bundesstaates, dessen Regierung im Reiche den Ausschlag giebt, werden einer meist ins Schwarze treffenden Kritik unterzogen. Schule, Armenpflege, Sanitätswesen, Justiz, Landwirtschaft, Finanzen, Eisenbahnen, Handel und Gewerbe, Bergbau und Arbeiterfrage, die allgemeine Staatsverwaltung werden knapp und lichtvoll behandelt.

Gar manche der Jastrow'schen Ausführungen können wir unterschreiben. Der Sozialdemokrat, der die Schrift liest, wird finden, daß vieles darin Gesagte und Geforderte nicht neu ist, daß es sich mit unseren Forderungen deckt, daß es an unsere Kritik der bestehenden Zustände unmittelbar anknüpft, daß der Verfasser des Bedrufs sich ausdrücklich auch auf das Vorgehen unserer Partei beruft.

Jedoch darin eben liegt das Bedeutsame, daß ein bürgerlicher Forscher von wohlverdientem wissenschaftlichen Ruf, der einzige Universitätslehrer, der es gewagt hat, die kapitalistischen Blößen der Niquel'schen Steuerreform in glänzenden Arbeiten schonungslos aufzudecken — man lese nur Jastrow's Abhandlungen im „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“ und im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ —, daß ein Liberaler solche Grundsätze aufstellt und verteidigt.

Um den Liberalismus zu erhalten, sieht sich Jastrow gezwungen, dem Sozialismus Zugeständnisse zu machen, Stück für Stück. Er kämpft für eine verlorene Sache, denn außer einer Handvoll anderer bürgerlicher Ideologen, die den Weg zur Sozialdemokratie nicht finden können oder mögen, steht er allein. Er ist sozial-liberal, er ist der einzige Sozialliberale.

Die Arbeiterklasse hat die Erbschaft des Liberalismus angetreten, die feige auf dem Schlachtfelde zurückgelassene Fahne der politischen Freiheit hat das Proletariat aufgenommen und muß in seinem Programm, das für uns nicht auf dem Papier steht, die preisgegebenen Grundsätze des Bürgerthums verteidigen. Kraft ihres wirtschaftlichen Ursprungs, kraft ihrer Lage und gemäß ihrer weltgeschichtlichen Sendung ist die Arbeiterklasse allein im Stande, die durchgreifende soziale Politik zu vertreten und zu verwirklichen, die den Kapitalismus durch eine neue Wirtschaftsweise ersetzen, vor der Hand aber die Daseins- und die Kampfsbedingungen des werththätigen Volkes ernstlich verbessern wird.

Was Jastrow über Schule und Rechtspflege, über die Agrarier, über die Gewerbeaufsicht, über den Knappenschuß, über Herrn von Berlepsch und die Bergwerksabgaben, über die Sonntagsruhe sagt, ist vortrefflich.

Jastrow's Bedruf wird ungehört verhallen. Vergerlich leist Edelname „Kreuz-Zeitung“, die die Geißelung der Junker schmerzt, über die Schrift. Der Chorus der fuchsenden Blätter unserer liberalen Presse bleibt stumm. Stumm wie ein Fisch.

Doch man getröste sich dessen: über ein Kurzes wird sich der Wortführer des Liberalismus, Herr Eugen Richter, im Reichstage oder im Abgeordnetenhaus erheben und eine in ihrer Art vortreffliche Rede halten. Und der aufmerksame Leser der Jastrow'schen Schrift wird mit Vergnügen wahrnehmen, wie Herr Richter so manche geistreiche Wendung, so manches treffende Urtheil, so manchen scharfen Treffer weitherzig wie immer von Jastrow entlehnt, nicht zum ersten, und so hoffen wir im Interesse der Richter'schen Redekunst auch nicht zum letzten Male.

Aber daß er seine Quelle nach altem guten Brauche nennet, davor bewahre ihn der Himmel. Stumm . . . . Stumm wie ein Fisch . . .

### Feuilleton.

37

#### Der Anfuhr in den Cevennen.

Eine Erzählung von Ludwig Tied.

Es waren noch mehrere Instrumente aufgewacht, eine Flöte erklang, eine Schalmel war aufgefunden, und zwischen diesen und Etienne's Pfeise ließ sich ein Flageolet vernehmen, abwechselnd dazwischen der laute und fröhliche Gesang der Gebirgsbewohner, bald Tanzmelodien, bald wieder alte Volkslieder, und Lust und Scherz erklang laut durch den Wald, so daß die Klippen der nahen Abgründe oft mit fröhlichem Echo die Töne der Ausgelassenheit wiederholten.

Die Lust, da sie einmal in Bewegung war, würde auch wohl noch länger gedauert haben, wenn sie jetzt nicht plötzlich durch einen fürchterlichen Ausschrei wäre unterbrochen und gestört worden. Der entsetzliche Ton kam von dem Gipfel einer spizen Klippe, die fast senkrecht sich über dem Wiesensplan, dem Schauplatz des fröhlichen Getümmels, erhob. Aller Augen wendeten sich schnell dorthin, und man sah oben eine dämonische Gestalt mit hochgehobenen ausgebreiteten Armen, Gesicht, Kopf und Leib mit Blut gefärbt und beronnen. Noch einmal schrie der Rasende auf und rannte und stürzte dann den steilen Felsen herab in die Arme der Brüder. Es war der zornige Kavalier. „Fluch Euch! Fluch! Ihr Abtrünnigen!“ schrie er wie rasend; „die Ihr so des Herrn vergessen könnt! Jammernd, klagend, mit

dem Blute unserer Brüder, der Feinde und dem meinigen gefärbt, in heiliger Sache vergossen, komme ich zurück, um Euch zur Rache aufzufordern, und ich finde die Abgötter hier im heidnischen Tanze um das goldene Kalb. So zerschlug Moses, vom Sinai kommend, im Zorn die Gesteinsfelsen, wie ich jetzt im brennenden Eifer das Band verfluche, daß mich Euch, Ihr Heillosen, verbrüderet!“

Man suchte den Eingestreckten zu beruhigen. Etienne hatte längst seine Pfeise eingesteckt, die Tanzenden standen in einer verlegenen Entfernung, und Gustach, der ebenso schnell vom Beten zum Tanzen wie von diesem zu jenem zurückkehren konnte, war schon in brünstiger Andacht begriffen.

„Mein Bruder,“ schrie der Besessene von neuem, „ist heute in Florae hingerichtet worden, mit ihm sind noch zehn Gläubige unter Martern verschieden; ich wollte sie erlösen, bin aber mit meinen Brüdern unter Bergiehung vielen Blutes zurückgeschlagen worden. Und Ihr vergeßt unseres Gottes, unseres Glends, unseres Glaubens indeß so schändlich, vermaledeit Euch selbst, zieht den Fluch des Himmels, das Hohngelächter der Hölle freiwillig auf Euch herab, — fällt denn kein Feuer herunter auf den Abschaum? Thut sich denn die Erde nicht auf und verschlingt die frevelhafte Rotte? Heult! heult! ihre Sündeladunen, und wälzt Euch im Staube, schlägt an Eure versteinerten Herzen und zerknirscht Euch vor dem Allmächtigen, ob seine Barmherzigkeit vielleicht wieder erwachen und einen Blick der Gnade aus dem Hornfeuer seines Auges so tief auf Euch hinabwerfen möchte.“

Er warf sich heulend nieder und krümmte sich am Boden. „Erbarmen! Erbarmen!“ brüllte er unter Zudungen. — „Nein! es giebt kein Mitleid, die Barmherzigkeit ist Lüge, die Liebe ist erloschen!“ — „Da haben wir das Glend!“ seufzte Gustach, „da bekommt unser

Bruder seine Rasereien wieder! Steht mir mit beten bei, theuren Brüder, daß er seiner Vernunft wieder mächtig werde.“ — Er warf sich neben ihm auf die Knie und betete eifrig, auch Duplant und Salomon kamen herbei, dem Alten im Flehen beizustehen; aber für jetzt hatte ihr guter Wille noch keinen Einfluß auf den Wüthenden, der wie berußlos schrie, indem er sich den Armen seiner ihn stützenden Freunde entreißen wollte. „Wohin bist Du entflohen“, rief er, „verloren, verirrt, Du großes, unaussprechliches Wesen, das wir mit stammelnder Zunge Gott nennen wollen? Das war eine furchtbare, entsetzliche Begebenheit, als vor dem Anbeginn der Zeiten die geschaffenen Geister sich im Uebermuth gegen ihn empörten und Gott und Herrscher sein und ihn verdrängen und vernichten wollten. Da entzog er sich den Rebellen durch aller Himmel, durch alle Sternenträume, durch alle Fernen, die Gedanken nur suchen, Abndung nur zu errathen vermag. Und die Uebermüthigen, einsam und verlassen in ihrer gallbittern Bosheit, in ihrem Zornfeuer ohnmächtig rasend, erstarrten und versteineten, und in ihr dunkles Innere hinein verlor sich ihr letztes, ihr verdämmertes Bewußtsein. Das sind die Klippen, die Steinfelsen, die tiefen Granitmassen, die tief bis zum Mittelpunkt der Erde reichen und oben über Wolken und Nebel hinaus noch trohen: das ist noch das Fleisch und Gebein der Uebermüthigen, das nun wie mit Klammern die Erde zusammenhalten muß. Da war die Bosheit, Zorn und Groll wie erloschen; ja, die Flamme erlischt, wenn sie sich selbst ernähren soll. War es denn die verloren gegangene Liebe, die sich wieder auf sich selbst besinnen, die sich aus ihrer ohnmächtigen Zersplitterung wieder sammeln wollte? Da regen sich Gebirge, in Meer, Luft und auf der Erde, und alles verfolgt, haßt, tödtet sich; Blutdürst ist Wollust, Zerreißen, Zerfleischen, Martern und Verschlingen



# Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Oktober.

Der Großherzog von Baden hält sich seit einigen Tagen in Mannheim auf, er hat auch seine Frau nachkommen lassen. Beide bemühen sich, sich möglichst populär zu machen. Die Anwesenheit des Großherzogs und seiner Frau trifft zufällig mit den letzten Vorbereitungen zu der am Freitag stattfindenden Wahl zusammen. Und wenn nun doch ein Sozialdemokrat gewählt werden sollte? —

Eine gründliche Kur, wie sie auch nur von einem „Doktor“ entdeckt werden kann, ist für alle Schäden der Zeit von unserem alten Bekannten, dem Doktor Götz aus Lindenu bei Leipzig („Debbchen-Götz“), entdeckt und beschriftet worden. Auf einer Versammlung ordnungsparteilicher Landtagswähler rief er vorgestern, als die schlechte Geschäftslage erwähnt ward, in Plagwitz aus: „Machen Sie den Franzosen den Garauß, und schlagen Sie die Sozialdemokraten todt, dann wird es besser werden.“ Unser blutdürstiger Dr. Eisenbarth, Verzeihung: Götz soll nur gleich zum Sabul und Messer greifen. Die Franzosen und Sozialdemokraten könnten sonst ausreifen. —

Eine bemitleidenswerthe Haltung hat eine am Sonntag in Bünde in Westfalen stattgehabte Versammlung der Tabakindustriellen, an welcher auch der Reichstags-Abgeordnete Freiherr v. Hammerstein theilnahm, eingenommen. Derselbe war, wie berichtet wird, von circa 5000 Personen aus allen Ständen und politischen Parteien besucht und protestirte „mit aller Entschiedenheit gegen die Einführung der Tabakfabriksteuer und gegen jede weitere Mehrbelastung des Tabaks“. In der angenommenen Resolution heißt es:

„Die Steuer steht in direktem Widerspruche mit dem festen Versprechen der Regierung, daß die Kosten der Militärvorlage nur auf die wohlhabenden Klassen gelegt werden sollen.“

Die geplante Steuer würde den erheblichsten Rückgang der Industrie in unserer Gegend, namentlich in den vielen kleinen Betrieben mit sich bringen, Tausende und Abertausende von Arbeitern brotlos machen und den Wohlstand unserer Gegend, welche mit der Tabakindustrie auf das Engste verwachsen ist, vernichten.

Wir richten deshalb an das preussische Staatsministerium die dringende Bitte, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln im Interesse unserer gesammten Gegend und ganz Norddeutschlands die Einführung der geplanten Mehrbelastung des Tabaks, in welcher Form es sei, verhindern zu wollen.

Wie begründen unsere Bitte wie folgt:

Im Regierungsbezirk Minden werden in einer Menge von Betrieben ca. 15 500, im Kreise Herford allein 8500 Zigarrenarbeiter beschäftigt, von denen 80 bis 90 pCt. mit der Herstellung der 5 Pf.-Zigarren sich befassen. Die Einführung der Fabriksteuer würde die fernere Herstellung der 5 Pf.-Zigarre, deren Produktion auch heute Schwierigkeiten bietet und nur recht beschränkten Nutzen läßt, aus überseefischen Tabaken unmöglich machen. Diese 5 Pf.-Zigarre würde nur noch aus deutschem Einlagetabak hergestellt werden können und ihre Anfertigung sich nach den Produktionsgebieten des deutschen Tabaks, namentlich Süddeutschland, verschieben. Einestheils veranlaßt dazu die vortheilhaftere Einkaufsgelegenheit für deutschen Tabak, andererseits die um einige Mark billigeren Arbeitslöhne Süddeutschlands.

Allgemein nimmt man den Rückgang des Konsums auf 33 1/3 pCt. an; läßt man aber auch die Annahme der Regierung von 20 pCt. als richtig gelten, so trifft diese speziell für unsere Gegend durchaus nicht zu.

Durch die oben erwähnte Verschiebung und die Konsumabnahme haben wir in unseren Fabrikationsbezirke mit einem Rückgang von mindestens 50 pCt., in der Uebergangszeit mit noch weit mehr zu rechnen. Im Regierungsbezirk Minden würden danach sicher 8000 Arbeiter brotlos; während des Uebergangs, mindestens ein Jahr lang, noch ganz bedeutend mehr.

Hierbei sind die in den Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter nicht mitgerechnet.

Die hiesige vor 30 Jahren sehr arme Gegend ist durch die Zigarrenfabrikation zu einem bescheidenen Wohlstande gelangt. Ein großer Theil der Arbeiter hat es möglich machen können, sich ein eigenes Haus mit etwas Ackerland zu erwerben, welches er nur durch fortwährenden Verdienst sich zu erhalten im Stande ist.

Wir dächten, mit dem Protest an sich sei es genug. Aber es muß doch auch etwas „patriotischer“ und „ordnungsparteilicher“ All dabei sein. Wir wollen zunächst konstatieren, daß die Zigarrenarbeiter in Bünde und Umgegend die denkbar schlechteste Bezahlung haben und in der elendesten Lage sich befinden, trotz „ihres eigenen Hauses und Ackerlandes“, das in der Regel völlig verschuldet ist. Der Durchschnittsverdienst eines Hausarbeiters, sich vertheilend auf Mann, Frau und Kinder, beläuft sich auf

eins da andere ist Lebensbedürfnis und Nahrung. Ja, nun wird sich die Wosheit erst wieder ihrer selbst bewußt, wenn sie mit dem Gefühl der Liebe sich verschwifert und begattet, nun erwacht die alte Finsternis der uralten Gesteine und giebt sich als Lichtbrand in das Gebirn der schnaufenden Löwen und Tiger und braust im Wasserfall, der die Berge zertrümmert, und leuchtet im Feuerquell, der sich gierig zum Strom hinausströmt und Wälder und Fluren, wandelnd mit seinem Bruder, dem Sturm, hineinschlingt und lachend das vorige Dasein als todte, nüchternen Mache von sich speit.“

Edmund wandte sich mit Unwillen hinweg und sagte: „Wehe Dir, lästernden Junge, die Du das Heiligste im verkehrten Blödsinn verunstaltest und in aberwitziger Wuth begeiferst.“

„Warum seid Ihr so unbillig?“ sagte Lacoite lächelnd, „mir thut es unbeschreiblich wohl, einmal einen so kaltblütigen unparteiischen Philosophen so recht bländig räsonnieren zu hören. So gut wird es einem nicht alle Tage.“

Die übrigen entsetzten sich und wurden in ihrem Gebet nur um so eifriger. Navanel schäumte und fuhr schreiend fort: „Aber wie fromm ist noch die Welt, wie gelinde wütht der Brand noch in allen Eingeweiden! Da naht der Mensch, das Ebenbild Gottes, wie er sich nennt, und nun in ihm erst schlägt die Hölle in purpurrothen Triumph die laute Freudenlache des innersten Orimes auf. Was der Scharfsinn nur erfinden, die Einbildung schaffen, der rasende Traum vorbilden und die Wollustgier erschaffen kann, das wird zur Marter umgewandelt, zur Herkulesleistung der Wesen, die sie für ihre Brüder ausgeben. Alle Pulse des ewigen Satanas klopfen frohlockend. „Hier ist Gott!“ schreit die Brut, „mordet, soltet jene!“ — „Hier Christus!“ brüllen die andern und schlagen die Segner. Sieht ein Auge vom Himmel? Wissen die Sterne um uns? Findet sich der Verlorene, Unnennbare, nach Ewigkeit einmal wieder zurück in seine von ihm verfluchte Schöpfung, und wird er dann nicht noch ungekannte Seuchen, Pestilenz, Hunger, Feuerflamme und Wasserfluth nebst Erdbeben und tausend

12 bis 14 M. pro Woche!!! Und das nennt man bescheidenen Wohlstand? Man ermesse danach den Werth der folgenden weiteren Auslassung der Resolution:

„Unter diesen gesunden (!!) wirthschaftlichen Verhältnissen hat die Sozialdemokratie nur wenig Eingang gefunden und ist nachweislich von Wahl zu Wahl zurückgegangen. Es bedarf keiner Ausführung, wie anders sich dieses Bild gestalten wird, wenn der Verdienst aufhört. Durch den dann eintretenden Nothstand werden die Arbeiter mit Sicherheit der Sozialdemokratie anheimfallen. Viele Hunderte von Zwangsversteigerungen des frei und mühsam erworbenen Eigenthums werden die Folge sein!“

Nicht genug damit, wurde noch die Absendung eines vom Geiste des berechnenden Servilismus diktirten Telegramm an den Kaiser beschloffen, welches folgenden Wortlaut hat:

„5000 im Stadtgarten zu Bünde versammelte königstreue Männer der Grafschaft Ravensberg nahen Ew. Majestät mit der unterthänigsten Bitte, die Tabakfabriksteuer von uns abwenden zu wollen, deren Einführung Tausende von braven, patriotisch gesinnten Arbeitern in unserem Bezirk brotlos machen würde. — Ehrerbietig wogen wir darauf hinzuweisen, daß Ew. Majestät Regierung versprochen hat, daß die Kosten der Militärvorlage für die wir in Erfüllung einer patriotischen Pflicht eingetreten sind, nicht auf die Schultern des armen Mannes, namentlich der Arbeiter, gewälzt werden sollten. — Angesichts der mit der Einführung der Fabriksteuer nothwendig verbundenen zahllosen Arbeiterentlassungen wenden wir uns vertrauensvoll an das landesväterliche Herz Ew. Majestät mit der ehrfurchtsvollen Bitte, diese schwere Kalamität von dem altpreussischen treuen Ravensberger Lande, auf dessen von ihm begründeten Wohlstand schon das Auge des Großen Kurfürsten mit Wohlgefallen geruht hat, abwenden zu wollen.“

Man merkt den Geist des Herrn von Hammerstein!

Der Rabatt der Apotheker. Die „Apotheker-Zeitung“ vom 14. d. M. bemerkt zu der Mittheilung des „Vorwärts“, daß 164 Orts-Krankenkassen in Sachsen einen Rabatt von den Apotheken bekommen, der von 6 pCt. bis 30 pCt. varirt, und daß sich daraus ersehen lasse, einen wie hohen Nutzen die Apotheken abwerfen: „Der „Vorwärts“ weiß also nicht, oder will es nicht wissen, wie die Apotheken einen über 10 pCt. hinausgehenden Rabatt im Allgemeinen für unmöglich erklären. Die Apotheken aber, die gelegentlich einen Vortheil über einen Konkurrenten zu erlangen hoffen, wenn sie einer Krankenkasse einige Prozent mehr bewilligen, sowie diejenigen Kollegen, welche übertriebenen Forderungen der Krankenkassen nicht energisch genug widerstehen, mögen aus dem Obigen die Einsicht gewinnen, in welcher Weise ihr Rabattgeben gegen sie selber wieder ausgebeutet wird.“ — Wir erwidern darauf: Die „Apotheker-Zeitung“ weiß also noch nicht, oder will es nicht wissen, daß die Geschäftsinhaber in ihrer Gesamtheit, und zu dieser gehören die Apothekenbesitzer auch, eine Verminderung ihres Unternehmergewinnes im allgemeinen für unmöglich erklären, und wenn einzelne derselben, um einen Vortheil über einen Konkurrenten zu erlangen, oder weil sie den Forderungen Kauflustiger nicht energisch genug widerstehen, ihre Waaren billiger abgeben, als die Konkurrenz, daß sie dann von dieser deshalb stets verschrien werden. Bei den Apothekenbesthern kommt aber noch hinzu, und das könnte die „Apotheker-Zeitung“ eigentlich wissen, daß diejenigen, welche eine Konzession von der Regierung geschenkt bekommen haben, 25 bis 50 pCt. weniger Anlagekapital zu verzinsen haben, als diejenigen, welche ihre Konzession ihrem Vorbesitzer haben abkaufen müssen, und daß die ersteren deshalb auch einen höheren Rabatt geben könnten, als ihre nicht mit der Konzession beschenkten Kollegen. Freilich sind nicht immer die Beschenkten die Entgegenkommendsten gegen die Krankenkassen, sondern diese beuten das ihnen ohne persönliches Verdienst gewordene, meist kolossale Geschenk oft am rücksichtslosesten aus. Deshalb muß das heut in Deutschland bestehende Konzessionsvertheilungssystem — sehr verschieden ist es in den einzelnen Bundesstaaten nicht — auf das entchiedenste verurtheilt und bekämpft werden, wenn auch die „Apotheker-Zeitung“, das Organ der Apothekenbesitzer, darüber jammert. —

Die Freizügigkeit ist ein wichtiges Förderungsmittel der Germanisirung der in Deutschland wohnenden fremden Völkerschaften. Zu diesem Schlusse kam auch der Geheimregerungsrath Freiherr von Fiercks bei der Bearbeitung des Materials, das durch die letzte Volkszählung hinsichtlich der Ermittlung des Standes der Volkssprachen gewonnen worden ist. Dies gilt besonders von

den Polen. In dem sie westwärts ziehen, um mehr zu verdienen, als ihnen in den Ostprovinzen möglich ist, verschmelzen sie sich mehr oder weniger mit den Deutschen und zugleich wächst das Polenthum daheim nicht in dem Maße, als es bei der die deutsche Geburtenziffer übersteigenden polnischen Geburtenziffer sonst der Fall wäre. So ist denn die Zahl der Polen in rein deutschen Gegenden ganz bedeutend. Am 1. Dezember 1890 wohnten in den mittleren und westlichen, also jetzt rein deutschen Provinzen Preußens nicht weniger als 99 875 Polen, davon kamen auf den Regierungsbezirk Arnberg 20 181, auf Berlin 12 188, die Regierungsbezirke Magdeburg 10 353, Merseburg 10 312, Potsdam 9345, Biegnitz 5584, Münster 5490, Frankfurt a. O. 4818, Düsseldorf 4672, Schleswig 4252, Stettin 3231, Hildesheim 1656, Lüneburg 1526, Hannover 1447, Stralsund 1076, Stade 904, Rönne 703, Erfurt 504, Kassel 466, Wiesbaden 366, Minden 320, Koblenz 206, Trier 123, Aachen 117. In Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Rheinland wohnen jetzt fast 42 000 Polen. Demzufolge hat sich in den östlichen Regierungsbezirken Königsberg, Gumbinnen und Oprelln die Zahl der Polen verringert. Vermehrt hat sie sich dagegen in den Regierungsbezirken Marienwerder, Posen und Bromberg. Andererseits sollen 45—75 000 Deutsche, die aus Mittel- und Westdeutschland in die rein polnischen Gegenden zogen, ihre Muttersprache eingebüßt haben. Wollte man also dem Verlangen der Grundbesitzer des Ostens nachgeben, die Freizügigkeit zu beschränken, damit der polnische Arbeiter daheim bleiben und seine Arbeitskraft zu den im Osten üblichen jammervollen Bedingungen verlaufen muß, so wäre das nur im Interesse des Slaventhums, also eine undeutsche Politik.

Uns interessiert dies hauptsächlich von dem Gesichtspunkte, als es zeigt, wie es um den „Patriotismus“ der „Edelsten der Nation“ bestellt ist, die bekanntlich nach Beschränkung der Freizügigkeit am lautesten schreien. —

Die Situation in Oesterreich wird immer komplizierter, fast ein Duzend Wahlreform-Anträge liegen dem Parlamente vor. Die deutsche Nationalpartei, die Antisemiten, Jungesuchen, Ruthenen, Demokraten und ein Theil der Liberalen, wahrscheinlich auch die Mehrheit der Polen wird für den Taaffe'schen Entwurf zu gewinnen sein. Die liberale Partei wird nicht geschlossen gegen den Regierungsentwurf stimmen. Man spricht auch vom Rücktritte des Cabinets Taaffe, doch dürfte hier der Wunsch der Vater des Gedankens sein. Auch von der Auflösung des Parlaments wird gesprochen. Zum mindesten sind diese Gerüchte verfrüht. Die erste Lesung der Wahlreform-Vorlagen, die 8 Wochen in Anspruch nehmen dürfte, wird in den nächsten Tagen beginnen. Die Vorlage über den Prager Ausnahmezustand ist einem 24gliedrigen Ausschusse überwiesen worden. —

Die Entrüstung des nationalen deutschen Bürgerthums über den Wahlrechtskrieg des Grafen Taaffe ist zwar begreiflich, gewinnt aber eine sehr komische Seite dadurch, daß der Göze des nationalen deutschen Bürgerthums Fürst Bismarck, sich weiland genau desselben Verbrechens schuldig gemacht hat — ja in noch höherem Maße, denn das allgemeine gleiche Wahlrecht für den deutschen Reichstag ist doch weit radikaler als das von Taaffe vorgeschlagene Wahlrecht.

Da wir einmal bei dem Vergleich sind, so sei auch bemerkt, daß in beiden Fällen die gleichen Beweggründe obgewaltet haben: Daß gegen den Liberalismus und die Hoffnung, dem persönlichen Regiment und überhaupt der Reaktion Vorstoß zu leisten.

Und — weiterer Vergleichungspunkt! — Graf Taaffe wird sich in seinen Berechnungen ebenso getäuscht finden, wie Fürst Bismarck. Das, im allgemeinen Wahlrecht stehende Prinzip der Volkssouveränität ist tausendmal stärker als alle politischen Wunderdoktoren der Welt. —

Die Wiener Arbeiter und die Taaffe'sche Wahlreformvorlage. Eine imposante am letzten Montag in Wien abgehaltene und von gegen 8000 Personen besuchte Volksversammlung nahm folgende Resolution an:

Die heutige Versammlung sieht in der Wahlreformvorlage der Regierung das Bekenntniß, daß die heute bestehende Verfassung nicht nur eine Ungerechtigkeit gegen zwei Drittel des Volkes ist, sondern auch daß es gegenüber der von der organi-

machte Cavalier noch die Einrichtung, daß der Kurier so lange aufgehalten wurde, bis man jenen Zug glücklich vollbracht haben würde, und Castanet begab sich mit seiner jungen Gattin in die Laubhütte, die für beide zubereitet war, indem das Dunkel der Nacht schon hereinbrach.

Edmund wollte die Thäler unter dem Vorwande besuchen und erkundigen, ein Gut und Schloß, welches dort in der Landschaft feil und von seinem Besitzer verlassen war, zu kaufen. Er hatte die Bekanntschaft eines alten Weltpriesters gemacht, der in einem schön gelegenen Dorfe eines lieblichen Thales wohnte, und sein Begleiter hatte sich unter anderen Vorwänden in einem andern Dorfe einquartirt.

Wenn Edmund einsam durch die schöne Landschaft strich, um ihre Gelegenheit kennen zu lernen, so fiel es ihm wohl schwer auf das Herz, ob seine Absicht, weshalb er sich dort befände, auch wohl eine gute, ob sie wohl zu entschuldigen sei. „Den Krieg“, sprach er zu sich selbst, „will ich in diese friedlichen Thale herabziehen, wo bis jetzt noch kein Waffenlärm erklungen ist? Hier schlafen die Ungeheuer noch, die wir erwecken wollen, um auch in diesen Gemeinen Opfer für ihren grimmigen Jahn zu suchen.“ Er bernigte seine lampfenden Gesichte nur damit, daß ja auch ohne sein Zutun die Königlichen sich hierher ziehen wollten, um von dieser Gegend aus, die fast nur mit katholischen Bewohnern besetzt war, seine neuen Brüder zu umgarnen und womöglich zu vertilgen.

Sein Wirth, der katholische Priester, war ein kleines greißes Männchen, der mit einer ebenso alten freundlichen Haushälterin unter Delbäumen und Weinreben, die sein Haus umschatteten, so still und friedlich hauste, daß beim ersten Eintritt Edmund unwillkürlich an die Fabel von Philemon und Baucis hatte denken müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Edmund wollte die Thäler unter dem Vorwande besuchen und erkundigen, ein Gut und Schloß, welches dort in der Landschaft feil und von seinem Besitzer verlassen war, zu kaufen. Er hatte die Bekanntschaft eines alten Weltpriesters gemacht, der in einem schön gelegenen Dorfe eines lieblichen Thales wohnte, und sein Begleiter hatte sich unter anderen Vorwänden in einem andern Dorfe einquartirt.

Wenn Edmund einsam durch die schöne Landschaft strich, um ihre Gelegenheit kennen zu lernen, so fiel es ihm wohl schwer auf das Herz, ob seine Absicht, weshalb er sich dort befände, auch wohl eine gute, ob sie wohl zu entschuldigen sei. „Den Krieg“, sprach er zu sich selbst, „will ich in diese friedlichen Thale herabziehen, wo bis jetzt noch kein Waffenlärm erklungen ist? Hier schlafen die Ungeheuer noch, die wir erwecken wollen, um auch in diesen Gemeinen Opfer für ihren grimmigen Jahn zu suchen.“ Er bernigte seine lampfenden Gesichte nur damit, daß ja auch ohne sein Zutun die Königlichen sich hierher ziehen wollten, um von dieser Gegend aus, die fast nur mit katholischen Bewohnern besetzt war, seine neuen Brüder zu umgarnen und womöglich zu vertilgen.

Sein Wirth, der katholische Priester, war ein kleines greißes Männchen, der mit einer ebenso alten freundlichen Haushälterin unter Delbäumen und Weinreben, die sein Haus umschatteten, so still und friedlich hauste, daß beim ersten Eintritt Edmund unwillkürlich an die Fabel von Philemon und Baucis hatte denken müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Edmund wollte die Thäler unter dem Vorwande besuchen und erkundigen, ein Gut und Schloß, welches dort in der Landschaft feil und von seinem Besitzer verlassen war, zu kaufen. Er hatte die Bekanntschaft eines alten Weltpriesters gemacht, der in einem schön gelegenen Dorfe eines lieblichen Thales wohnte, und sein Begleiter hatte sich unter anderen Vorwänden in einem andern Dorfe einquartirt.

Wenn Edmund einsam durch die schöne Landschaft strich, um ihre Gelegenheit kennen zu lernen, so fiel es ihm wohl schwer auf das Herz, ob seine Absicht, weshalb er sich dort befände, auch wohl eine gute, ob sie wohl zu entschuldigen sei. „Den Krieg“, sprach er zu sich selbst, „will ich in diese friedlichen Thale herabziehen, wo bis jetzt noch kein Waffenlärm erklungen ist? Hier schlafen die Ungeheuer noch, die wir erwecken wollen, um auch in diesen Gemeinen Opfer für ihren grimmigen Jahn zu suchen.“ Er bernigte seine lampfenden Gesichte nur damit, daß ja auch ohne sein Zutun die Königlichen sich hierher ziehen wollten, um von dieser Gegend aus, die fast nur mit katholischen Bewohnern besetzt war, seine neuen Brüder zu umgarnen und womöglich zu vertilgen.

Sein Wirth, der katholische Priester, war ein kleines greißes Männchen, der mit einer ebenso alten freundlichen Haushälterin unter Delbäumen und Weinreben, die sein Haus umschatteten, so still und friedlich hauste, daß beim ersten Eintritt Edmund unwillkürlich an die Fabel von Philemon und Baucis hatte denken müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Edmund wollte die Thäler unter dem Vorwande besuchen und erkundigen, ein Gut und Schloß, welches dort in der Landschaft feil und von seinem Besitzer verlassen war, zu kaufen. Er hatte die Bekanntschaft eines alten Weltpriesters gemacht, der in einem schön gelegenen Dorfe eines lieblichen Thales wohnte, und sein Begleiter hatte sich unter anderen Vorwänden in einem andern Dorfe einquartirt.

Wenn Edmund einsam durch die schöne Landschaft strich, um ihre Gelegenheit kennen zu lernen, so fiel es ihm wohl schwer auf das Herz, ob seine Absicht, weshalb er sich dort befände, auch wohl eine gute, ob sie wohl zu entschuldigen sei. „Den Krieg“, sprach er zu sich selbst, „will ich in diese friedlichen Thale herabziehen, wo bis jetzt noch kein Waffenlärm erklungen ist? Hier schlafen die Ungeheuer noch, die wir erwecken wollen, um auch in diesen Gemeinen Opfer für ihren grimmigen Jahn zu suchen.“ Er bernigte seine lampfenden Gesichte nur damit, daß ja auch ohne sein Zutun die Königlichen sich hierher ziehen wollten, um von dieser Gegend aus, die fast nur mit katholischen Bewohnern besetzt war, seine neuen Brüder zu umgarnen und womöglich zu vertilgen.

Sein Wirth, der katholische Priester, war ein kleines greißes Männchen, der mit einer ebenso alten freundlichen Haushälterin unter Delbäumen und Weinreben, die sein Haus umschatteten, so still und friedlich hauste, daß beim ersten Eintritt Edmund unwillkürlich an die Fabel von Philemon und Baucis hatte denken müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Edmund wollte die Thäler unter dem Vorwande besuchen und erkundigen, ein Gut und Schloß, welches dort in der Landschaft feil und von seinem Besitzer verlassen war, zu kaufen. Er hatte die Bekanntschaft eines alten Weltpriesters gemacht, der in einem schön gelegenen Dorfe eines lieblichen Thales wohnte, und sein Begleiter hatte sich unter anderen Vorwänden in einem andern Dorfe einquartirt.

Wenn Edmund einsam durch die schöne Landschaft strich, um ihre Gelegenheit kennen zu lernen, so fiel es ihm wohl schwer auf das Herz, ob seine Absicht, weshalb er sich dort befände, auch wohl eine gute, ob sie wohl zu entschuldigen sei. „Den Krieg“, sprach er zu sich selbst, „will ich in diese friedlichen Thale herabziehen, wo bis jetzt noch kein Waffenlärm erklungen ist? Hier schlafen die Ungeheuer noch, die wir erwecken wollen, um auch in diesen Gemeinen Opfer für ihren grimmigen Jahn zu suchen.“ Er bernigte seine lampfenden Gesichte nur damit, daß ja auch ohne sein Zutun die Königlichen sich hierher ziehen wollten, um von dieser Gegend aus, die fast nur mit katholischen Bewohnern besetzt war, seine neuen Brüder zu umgarnen und womöglich zu vertilgen.

Sein Wirth, der katholische Priester, war ein kleines greißes Männchen, der mit einer ebenso alten freundlichen Haushälterin unter Delbäumen und Weinreben, die sein Haus umschatteten, so still und friedlich hauste, daß beim ersten Eintritt Edmund unwillkürlich an die Fabel von Philemon und Baucis hatte denken müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Edmund wollte die Thäler unter dem Vorwande besuchen und erkundigen, ein Gut und Schloß, welches dort in der Landschaft feil und von seinem Besitzer verlassen war, zu kaufen. Er hatte die Bekanntschaft eines alten Weltpriesters gemacht, der in einem schön gelegenen Dorfe eines lieblichen Thales wohnte, und sein Begleiter hatte sich unter anderen Vorwänden in einem andern Dorfe einquartirt.

Wenn Edmund einsam durch die schöne Landschaft strich, um ihre Gelegenheit kennen zu lernen, so fiel es ihm wohl schwer auf das Herz, ob seine Absicht, weshalb er sich dort befände, auch wohl eine gute, ob sie wohl zu entschuldigen sei. „Den Krieg“, sprach er zu sich selbst, „will ich in diese friedlichen Thale herabziehen, wo bis jetzt noch kein Waffenlärm erklungen ist? Hier schlafen die Ungeheuer noch, die wir erwecken wollen, um auch in diesen Gemeinen Opfer für ihren grimmigen Jahn zu suchen.“ Er bernigte seine lampfenden Gesichte nur damit, daß ja auch ohne sein Zutun die Königlichen sich hierher ziehen wollten, um von dieser Gegend aus, die fast nur mit katholischen Bewohnern besetzt war, seine neuen Brüder zu umgarnen und womöglich zu vertilgen.

Sein Wirth, der katholische Priester, war ein kleines greißes Männchen, der mit einer ebenso alten freundlichen Haushälterin unter Delbäumen und Weinreben, die sein Haus umschatteten, so still und friedlich hauste, daß beim ersten Eintritt Edmund unwillkürlich an die Fabel von Philemon und Baucis hatte denken müssen.



Arbeiterchaft gefährdeten Bewegung unmöglich ist, fernerhin die politischen Privilegien der Besitzenden aufrechtzuerhalten. Die Versammlung erklärt, daß die Regierungsvorlage gänzlich ungenügend ist; sie protestiert entschieden gegen die Aufrechterhaltung der Privilegien des Grundbesitzes und der Handelskammern und verurtheilt das Festhalten an den indirekten Steuern in den Landgemeinden, sowie den sogenannten Bildungszusatz. Trotzdem betrachtet die Versammlung die Regierungsvorlage als den allerersten Beginn einer Reform, die mit Nothwendigkeit zur gründlichen Umgestaltung der Verfassung führen muß. Die Versammlung fordert schließlich die Abgeordneten aller Parteien auf, in erster Linie dem jugendlichen Antrage auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zuzustimmen, womit aber ernstlich davor, falls dieser Antrag abgelehnt würde, dem Durchbringen der Regierungsvorlage aus bornierten Klassen-Egoismus Hindernisse zu bereiten. Die Versammlung erklärt schließlich, daß die sozialdemokratische Arbeiterchaft von nun an mit noch größerer Energie als bisher nicht nur für das allgemeine, sondern auch das gleiche und direkte Wahlrecht eintritt und vor keinem zweideutigen Mittel zurückzusehen werde, bis das Ziel erreicht ist. —

**Der Neid unserer deutschen Chauvinisten auf ihre französischen Genossen** ist kein zum Tödtlichen. Daß diese das patriotische Pferd ebenso gut reiten und dabei womöglich noch lauter rabauken können, erscheint unseren Mordphilistern als frevelhafte Annäherung. Die „nationale Begeisterung“, die „Hurrah-Canaille“ ist deutsches Monopol, und was die Franzosen unbefugt in dem gleichen Artikel machen, ist sträfliche Nachahmung, gegen die man eigentlich polizeilichen Schutz anrufen müßte. Ernsthaft gesprochen: ein lächerlicheres Schauspiel als gegenwärtig hat das national-chauvinistische Philister-Deutschland wohl noch niemals geboten, und die französische Presse genießt auch mit vollen Jügen den Labetrunk der Schadenfreude und Revanche. Was wir jetzt Euch gegenüber thun, das habt Ihr uns gegenüber hundertmal gethan. Was dem Einen recht ist, ist dem Anderen billig. Gestern Ihr, heute wir. Etch! Etch! — Das ungefähr ist das Leitmotiv der französischen Presse — soweit sie es für nöthig hält, sich mit Deutschland zu beschäftigen. Nun — überlassen wir die Franzosen sich selbst. Jeder mag nach seiner Façon selig werden und sich blamieren. In keinem Falle haben wir Deutsche Ursache, die Franzosen zu schulmeistern. Sie ahmen uns nur nach. Und wenn wir klug wären, würden wir der altpartianischen Sitte gedenken, daß der heranwachsenden Jugend betrunkene Heloten gezeigt wurden, damit sie vom Laster der Völlerei abgeschreckt werde. Die Franzosen sind keine Heloten, und wir Deutsche brauchen die patriotische Völlerei nicht erst von ihnen zu lernen, allein wenn das Beispiel der Franzosen abschreckend auf uns wirkte, dann könnten wir der Göttin der Geschichte, die nicht bloß die größte Humoristin, sondern auch die größte Pädagogin ist, auf ewig dankbar sein für die unbezahlbare Lektion.

Und dann würden auch die Franzosen sich vielleicht vernünftig schämen. —

**An die falsche Adresse wendet sich ein „französischer Sozialist“,** welcher der „Frankfurter Zeitung“ folgenden Schreibbrief schickt:

Ihr Artikel greift den „Chauvinismus“ der französischen Sozialisten an, weil diese sich bereit erklärt haben, das angegriffene Frankreich gegen den äußeren Feind zu verteidigen. Das ist immer die gleiche Taktik: man nennt Chauvinismus bei den Franzosen, was als eine Pflicht betrachtet wird, wenn es sich um Deutsche handelt. Der Artikel vergißt, daß die deutschen Sozialisten Belier, Liebknecht, Wollmar u. s. w. genau so gesprochen haben wie der französische Arbeiterkongress. Haben sie nicht mehrfach im Reichstag erklärt, daß die deutschen Sozialisten zuerst an die Strenge eilen würden, um ihr Vaterland zu verteidigen, wenn es durch einen Angriff bedroht würde? Warum tadelt man an den französischen Sozialisten, was man an den deutschen Sozialisten lobt? Ist dies nicht eine offensichtliche Ungerechtigkeit? Die Deutschen sind eben überzeugt, daß die Franzosen das Privilegium des Chauvinismus haben, als ob dieser in der germanischen Welt ganz unbekannt wäre! Man behandelt bei Anderen als Chauvinismus, was man bei sich selbst als Patriotismus erklärt! Die Deutschen bleiben Kosmopoliten, obgleich sie immer noch die Siege von 1870 feiern, obgleich sie sich bis an die Zähne bewaffnen und ihr Heer stetig vermehren, aber sobald der „Erbsind“ das Nämliche thut, kann man sich nicht genug aufhalten über seinen häßlichen Chauvinismus. Was nun die französische Arbeiterpartei betrifft, so hat sie ihren Willen, das bedrohte Vaterland zu verteidigen, erst dann kundgegeben, als sie erfahren hatte, daß die deutschen Sozialistenführer wiederholt ähnliche Erklärungen abgegeben haben. Wenn das Chauvinismus ist, so hat die deutsche Sozialdemokratie zuerst das Beispiel dafür gegeben. Man darf diesen Umstand nicht übersehen, wenn man den Regeln des internationalen Anstandes treu bleiben will.

Was die chauvinistische „Frankfurter Zeitung“ über den Chauvinismus der französischen Sozialisten sagt, hätte dem „französischen Sozialisten“ sehr gleichgültig sein können, wie es uns sehr gleichgültig ist, was der Pariser „Temps“ über uns sagt. Hielt der „französische Sozialist“ eine Auseinandersetzung für notwendig, so standen ihm unsere Organe zu Gebot. Was nun seinen Brief an die „Frankfurter Zeitung“ betrifft, so schießt derselbe neben die Scheibe.

Das Gerücht vom „Chauvinismus der französischen Sozialisten“ ist nicht dadurch veranlaßt worden, daß sie sich bereit erklärt haben, gegen einen Angreifer ihr Land zu verteidigen — die Gerechtigkeit eines Verteidigungskrieges ist allezeit von der Sozialdemokratie anerkannt worden. Was den Tadel hervorrief, das war die Russenschwärmerei einiger sich Sozialisten nennender Franzosen.

Ein zielbewußter Sozialdemokrat kann sich unmöglich für Allianzen mit Despoten, kann sich überhaupt nicht für diplomatisch-dynastische Allianzen begeistern. Es ist wahr, auch einige deutsche Sozialisten haben in diesem Punkte Schwächen gezeigt, aber kein deutscher Sozialdemokrat hat jemals den Dreibund durch Handlungen unterstüßt, Geld für ihn bewilligt, wie das in Frankreich dem „Dreibund“ gegenüber von jenen sozialistischen Seite geschehen ist. Und in Deutschland lagen nur vereinzelte, flüchtige Äußerungen vor, die von der Gesamtpartei sofort abgelehnt wurden, während in Frankreich eine ganze Gruppe, die sich für sozialistisch ausgeben, und bis dahin bei Vielen auch für sozialistisch gegolten hatte, sich an dem Russenschwandel betheiligte und betheiligte. Da mußten wir scharf abwehren, und wir haben es gethan. —

Uebertrieben scheinen die Schilderungen des Russen-Empfanges durch die Pariser Bevölkerung zu sein. Man

erfährt jetzt, daß die Illumination hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, daß fast nur die öffentlichen Gebäude besetzt waren, daß seitens unserer Parteigenossen eine Gegendemonstration veranstaltet wurde, sie zogen durch die Straßen unter dem Rufe „Nieder mit Rußland!“ Die Sozialisten ließen eine Adresse an die russischen Seeleute drucken, in welcher dieselben als Vertreter eines Volkes begrüßt werden, welches seit zwanzig Jahren um seine Freiheit kämpfte und dulde. Auf den Boulevards wurde in der Nacht ein Haufe von etwa 800 Personen, welcher rief: „Es lebe die Amnestie!“ „es lebe Rochefort!“ von der Polizei auseinandergetrieben. —

**Ueber den Vergarbeiter-Ausstand im nördlichen Frankreich** wird uns geschrieben:

Am Sonntag fand in Lens eine Konferenz von Delegirten des Pas de Calais-Vergarbeiter-Vereins statt. Es wurde der folgende Beschluß angenommen: **Trotzdem der Kohlenbesitz in Belagerungszustand versetzt worden ist; trotz der heuchlerischen Ausflüchte der Gesellschaft; trotz der Drohungen und Versprechungen, durch welche man versucht hat, die Ausständigen zu überlisten; trotz der Brutalitäten der Gendarmen und der Attanten der Karabinieri und Dragoner; trotz der zahlreichen Verhaftungen und zuerkannten Strafen, — sind die ausständigen Vergarbeiter fester als je in der Durchsetzung ihrer Forderungen; in Anbetracht ferner, daß es der Arbeiterverein allein gewesen ist, der auf die Aufforderung der Friedensrichter behufs Einsetzung eines Schiedsgerichts eingegangen ist, und daß die Gesellschaften das Schiedsgericht verworfen haben, beschließt der gegenwärtige Kongress der Vereins-Delegirten den Ausstand fortzusetzen.**

Seit Sonntag ist der Ausstand im Pas de Calais entschlossener als je fortgesetzt worden. Am ersten Tage, als der Streik erklärt wurde, bezifferten sich die Ausständigen auf 42 500. Die Zahl hat sich nicht verändert; Abtrünnige hat es gar keine gegeben. —

**Der belgische Ausstand** gilt nunmehr, wie eine Depesche aus Charleroi meldet, als beendet. Sämmtliche Arbeiter, ausgenommen etwa tausend, haben die Arbeit wieder aufgenommen. —

**Crispi** hat nach den Bankstürzen allen Anlaß sich populär zu machen. Vielleicht steht damit ein Attentat im Zusammenhang, das auf Crispi verjucht wurde und bei dem Crispi gar nichts passirte. —

**Gegen die Militär-Strafgesetgebung** wird auch in Dänemark Sturm gelaufen. Der Kriegsminister räumte die Reformbedürftigkeit der Militär-Strafgesetgebung ein. —

**Das Urbild des Philisters**, welches die Redaktion der „Vossischen Zeitung“ leitet, schreibt über die Reibungen zwischen Schweden und Norwegen:

Wenn Dichter sich in politische Dinge mischen, kommt dabei gewöhnlich nicht viel Gutes heraus. Zur Entflammung des nationalen Gefühls haben sie in romanischen und in germanischen Ländern oft ihr redlich Theil beigetragen, aber im großen und ganzen ist es besser, wenn der Dichter sich nur auf seinen (?) idealen Theil beschränkt. Björnsterne Björnson ist das abschreckendste Beispiel eines Dichters-Politikers. Aus persönlichem Haß wegen verlorener Eigenliebe durch den König (soll heißen: wegen Eigenliebe verlegt durch den König, Ned. d. W.) warf sich der norwegische Dichter auf die Politik und ohne ihn verlor er zu wollen, ist es Thatsache, daß ein Haupttheil der sonstigen Verwirrung in seinem Vaterlande auf ihn zurückzuführen ist und daß er zwischen Norwegen und Schweden nur Zwietracht gesät hat.

Das Deutsch dieses Gallimathias steht auf gleicher Höhe mit seiner Logik und Weisheit. „Ohne ihn (d. i. den Hausfreund der „Lante Voss“) verlor ich zu wollen, ist es Thatsache, daß er „das abschreckende Beispiel“ zwar nicht eines „Dichters-Politikers“, aber eines Kannegießer-Politikers gegeben hat, wie er im Buch steht. Der arme Björnsterne! Ein großer Politiker ist er nicht — das ist wahr. Allein der „Lante Voss“ reicht er doch immer noch das Wasser, und an dem Zerwürfniß zwischen Schweden und Norwegen ist er gerade so unschuldig, wie unser Lantchen an der Kera Bismarck oder Caprivi, und an allen vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Verfassungskonflikten und politischen Krisen in Deutschland und sämmtlichen umliegenden Gegenden. —

**Parteinachrichten.**

Das **Schriftenverzeichnis der Buchhandlung des „Vorwärts“** ist dieser Tage in einer neuen, vervollständigten Ausgabe erschienen. Wir versehen nicht, unsere Leser auf dies reichhaltige Verzeichnis sozialistischer und sonstiger Volksliteratur aufmerksam zu machen, das von der Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin SW, Beuthstr. 3, gratis und franko bezogen werden kann.

Die **Aufstellung der Kandidaten zu den sächsischen Landtagswahlen** ist ordnungsparteilich erst in den letzten Tagen beendet worden, so daß eine vollständige Kandidatenliste erst heute zu bringen möglich war. Dieselbe sieht wie folgt aus:

- A. Städtische Wahlkreise.  
Dresden V. Klemm (Kartelparteien), Hartwig (Antisemit), Grunert (Sozialdemokrat).  
Leipzig III. Frische (R.-P.), Schmidt (Soz.).  
Leipzig IV. Joachim (R.-P.), Pankau (Soz.).  
Leipzig V. Dr. Schöber (R.-P.), Kleemann (Soz.).  
Chemnitz I. Theuerhorn (Antis.), Kellerbauer (Deutschstf.), Zeinig (Soz.).  
Chemnitz II. Theuerhorn (Antis.), Kellerbauer (Deutschstf.), Seifert (Soz.).  
Zwickau. Streit (R.-P.), Schmidt (Soz.).  
Jittau-Göbau. Wärtig (R.-P.), Bache (Deutschstf.).  
Borna-Neustadt. Herting (R.-P.), Lohse (Deutschstf.), Stelzer (Soz.).  
Freiberg-Tharand. Seim (R.-P.), Stelzer (Soz.).  
Reißen-Rothwein. Kirch (R.-P.), Müller (R.-P.), Hofmann (Antis.), Scheide (Deutschstf.), Grünberg (Soz.).  
Buzen-Obach. Hartwig (R.-P.), Thiele (Soz.).  
Frankenberg-Gainichen. Herfurth (R.-P.), Langer (Soz.).  
Meerane-Limbach. Seydel (R.-P.), Ludwig (Soz.).  
Stollberg-Böhmitz. Uhlmann (R.-P.), Schubert (Antis.), Hofmann (Soz.).  
Richtmann-Deerom. Senfel (R.-P.), Schubert (Antisemit), Trumsher (Soz.).  
Trosen-Lengsfeld. Opiß (R.-P.), Hofmann (Soz.).  
Delsnitz-Martensburgen. Anoll (R.-P.), Gänther (Dr.), Neu (Soz.).
- B. Ländliche Wahlkreise.  
Jittau-Reichenau. Freibisch (R.-P.), Kempt (Dr.), Stelzer (Soz.).  
Kamenz-Königsbrunn. Kodel (R.-P.), Hüftig (R.-P.), Lehmann (Soz.).  
Altendöbry-Dippoldswalde. Sieger (R.-P.), Hamann (Antisemit), Franke (Soz.).

- Wilsdruff-Rossen. Horst (R.-P.), Grünberg (Soz.).  
Tauscha-Marxbrunn. Köfert (R.-P.), Pankau (Soz.).  
Leipzig-Land. von der Krone (R.-P.), Goldstein (Soz.).  
Borna-Frohburg. Köhner (R.-P.), Sandman (R.-P.), Pankau (Sozial.).  
Leisnig-Rügeln. Uhlmann (R.-P.), Grünberg (Soz.).  
Mittweida-Rochlitz. Seydel (R.-P.), Schmidt (Soz.).  
Bühlitz-Marienberg. Uhlig (R.-P.), Hauschild (Soz.).  
Gartenstein-Wildenfels. Berger (R.-P.), Horn (Soz.).  
Hohenstein-Glauchau. Uhlig (R.-P.).  
Meerane-Crimmitschau. Leithold (R.-P.), Neu (Soz.).  
Kuerbach-Falkenstein. Kramer (R.-P.), Neu (Soz.).  
Delsnitz-Adorf. Wehner (R.-P.), Neu (Soz.).

Es sind demnach aufgestellt von den vereinigten Kartelparteien 34, von den Antisemiten 7, von den Deutschstf. 7 und von den Sozialdemokraten 32 Kandidaten.

Die **sächsischen Landtags-Wahlen** schafften den Kartellbrüdern saure Stunden. Unsere Parteigenossen sind nicht blöde und stellen den Kandidaten der Ordnungsparteien mitunter verständliche Fragen, wenn diese sich, der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, vor allem Volk präsentiren und als Gimpelfänger in ihren Kandidatenreden den zu bethörenden Wählern das Blaue vom Himmel herunter versprechen. So wurden die Kartellbrüder Dr. Schöber und Dr. Göß vorgestern im Felsenkeller zu Plagwitz gefragt, wie die Ordnungsparteien etwa der allgemeinen Arbeitslosigkeit steuern wollten? Der arme Dr. Schöber war natürlich sehr verlegen und wußte nichts anders zu sagen, als daß es wohl mit der Zeit wieder anders werden würde; ein Mittel, das helfen könne, wisse er in der That nicht. Dies war allerdings ehrlich gesprochen, paßte aber sehr schlecht ins Aktionsprogramm der Kartellbrüder. Was war daher anders zu thun, als daß der in solchen Dingen wohl erfahrene Dr. Göß aufsprang und in einer munderbaren Pause die von seinem Vordredner preisgegebene Position zu retten sich anschickte. Dies geschah mit bedenklicher Berve. Die Arbeitslosigkeit, erklärte er, rühre wie alle Uebel in der Welt, von den Franzosen und von den Sozialdemokraten her. Die ewige Kriegsgefahr, die von Welten drohe und die aufrührerische Agitation, die unser armes Vaterland durchwühle, verleihe dem braven und im Grunde seines Herzens arbeiterfreundlichen Unternehmerrthum, etwas zum Besten der bethördten Arbeiter zu thun. Um bessere Zeiten herbeizuführen, müsse man daher den Franzosen den Garaus machen und die Sozialdemokraten todtschlagen. Erst wenn diese Kulturthaten verrichtet, werde es besser werden! Die gebührende Antwort auf dies Programm gab ein schlchter Mann in der Versammlung, indem er das schöne Lied zu singen begann: Wenn das nicht gut für die Wangen ist, dann weiß ich nicht, was besser ist. So löst man die soziale Frage im ordnungsparteilichen Sinne.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**

Gegen Genossen Kunert waren in Breslau aus Anlaß seiner Thätigkeit als Redakteur der „Volkswacht“ 4 Majestätsbeleidigungs- und eine Anzahl ähnlich beschaffter Prozeßproben angehängt. Kunert wurde auch gar f. S. Ende März 1892 wegen solcher Auslegungen auf dem Parquet des Strafgeses verurtheilt, mußte aber, wie wohl er kein General, auf freien Fuß gesetzt werden, da keinerlei Grund zur Haftnahme nach Ansicht des Oberlandesgerichtes vorlag. Vorgestern ist nun endlich dieser Bruch von Anklagen durch Einstellung des Verfahrens ein Ende bereitet. Die Einstellung mußte erfolgen, da die Zweifelslosigkeit der Verjährung auch vom Gericht nunmehr anerkannt ist. Kunert hält sich zur Zeit bis zum Parteitag als Staatspensionär in Plöthen auf.

**Soziale Uebersicht.**

An die **Zimmerer Berlins und Umgegend! Kameraden!** Täglich bekommt Ihr die traurigen Verhältnisse, die in unserm Gewerbe herrschen, zu fühlen, bei Beginn des Winters greift die Arbeitslosigkeit immer mehr um sich, und doch ist die Sonntags- und Ueberstundenarbeit, wo es nur immer geht, an der Tagesordnung. Diefem Uebel wird nicht früher abgeholfen werden können, bis sich nicht ein Jeder der Organisation angeschlossen hat. Es ist durchaus nicht angebracht, die Faust in der Tasche zu halten, wenn sonst nichts gethan wird, um diesen Mißständen begegnen zu können; die Organisation ist der einzige Weg, den wir betreten müssen, um bessere Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Der Verein der Zimmerer für Berlin und Umgegend hat es sich zur Aufgabe gemacht, alles daran zu setzen, um frisches Leben in die Bewegung der Zimmerer zu bringen. Die ersten Vereinsversammlungen haben schon bewiesen, daß ein Interesse für den Verein vorhanden ist. Die Streitfragen, die bisher oft die Versammlungen ausfüllten, sind ferngehalten, unser Bestreben wird und kann nur sein, das Klassenbewußtsein der Zimmerer zu heben. Darum, Zimmerer Berlins, bietet die Hand zur Einigkeit und sorgt durch Agitation, daß die Interessenlosigkeit schwindet und ein Jeder mitarbeiten hilft an der Verbesserung seiner eigenen Lage. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 22. Oktober, bei Nordert, Beuthstr. 22 I, statt, zu welcher jeder Zimmerer Zutritt hat.

Der Vorstand.  
J. A.: Ernst Obst, Blumenthalstr. 8.

Auch bei den **Nachtwächtern** wird es nicht. In Breslau lagte am letzten Montag eine Raft besuchte Versammlung der sächsischen Nachtwachtbeamten, um bei dem Magistrat für den Fall der Neuorganisation des Sicherheitsdienstes anderweitige Anstellung oder Pensionierung zu erwirken. Die Versammlung hatte, wie die „Volkswacht“ berichtet, einen sehr guten Erfolg. Wenn die Nachtwächter schon zu rumoren anfangen, wo soll da der Staat bleiben?

Die **Herrlichkeit der preussischen Vereinsgesetzgebung** ist vor einigen Tagen auch einmal gut bürgerlichen Leuten zu Gemüthe geführt worden. Aus Münster wird dem „Hessischen Kreisblatt“ mitgetheilt: „Eine unangenehme Ueberraschung wurde zahlreichen Geschäftsleuten hierher selbst zu Theil. Dieselben hatten vor einigen Wochen eine Versammlung einberufen, um eine vierteljährliche Abrechnung mit dem Publikum zu vereinbaren. Die Polizei hatte herausgefunden, daß die Versammlung nicht angemeldet worden war, und jetzt muß jeder der Unterzeichner, darunter — bittere Ironie des Schicksals! — ein Stadtverordneter, fünfzehn Mark Strafe zahlen.“ Der Ausdruck „öffentliche Angelegenheiten“ im preussischen Vereinsgesetz mag sich ja — denn die Bedeutung abstrakter Worte läßt sich nie fest abgrenzen — so weit auslegen lassen, daß auch Vereinbarungen zwischen Geschäftsleuten und ihren Kunden darunter fallen. Es ist aber charakteristisch, daß unsere bürgerliche Presse eine rigorose Anwendung der reaktionärsten vereinsrechtlichen Bestimmungen unterthänigst gutheißt, selbst wenn die Betroffenen einmal keine Sozialdemokraten sind.

Aus **Holland** wird uns mitgetheilt, daß dort verschiedene Fachorganisationen mit der sozialdemokratischen Partei des Landes in Verbindung getreten sind, damit gemeinschaftlich eine Reorganisation des Arbeitssekretariats herbeigeführt werde. Der Vorstand dieses Sekretariats setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: P. Bouters (Allgem. Schreiner-Bund), Borker-Bund, W. van der Vliet (Allgemeiner Niederländ. Tischler-Bund), Sekretär für Holland selbst, Christ. Cornelissen (Sozialdemokrat-Partei) Sekretär für die Internationale Korrespondenz, Adresse: Damrak, 100a, Amsterdam. Herrn. Kuyper (Diamant-Preiterverein), Kassirer.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

### Theater.

Donnerstag, den 19. Oktober. Opernhaus. Mara. — Pastien und Pastienne. — Cavalleria rusticana. (Bauern-Chre.) Schauspielhaus. Ein Sommernachts-traum. Deutsches Theater. Galeotti. Berliner Theater. Dorf und Stadt. Festung-Theater. Mauerblümchen. Friedrich-Wilhelm-Stadt-Theater. Freund Felix. Wallner-Theater. Jägerblut. Residenz-Theater. System Ribadier. Vorher: Illusionen. Neues Theater. Jugend. Central-Theater. Berliner Vollblut. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi. Viktoria-Theater. Frau Venus. Alexanderplatz-Theater. Das Damenbad. Vorher: Die Ballettschule. National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: Die guten Hünten. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182. Doppelvorstellung zu einf. Preisen. Sensationelle Novität! Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Brudens. Komplet v. Linderer. Musik von Adolph Wiedede. Regie: Max Saml. Vorher: Die guten Hünten oder: Girsch in der Eauskünde. Posse in 1 Akt von M. J. Anders. Musik von verschiedenen Komponisten. Regie: Max Saml. Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, den 22. Oktober, Mittags 12 Uhr: Volksvorstellung-Matinee zu bedeutend ermäßigten Preisen: Der Trompeter von Säckingen. Romantisches Zaubermärchen.

### Wallner-Theater.

Gastspiel der Schliersee'r Bauern. Jägerblut. Wegen des großen Erfolges von Jägerblut wurde das Bauern-Gastspiel auf kurze Zeit verlängert.

### Central-Theater.

Alte Jakobstraße 80. Berliner Vollblut. Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten. Im 3. Akt: Bajazi-Parodie. Morgen: Berliner Vollblut.

### Adolph Ernst-Theater.

Schwant in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazi. Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### American-Theater.

Neu! Zwerohlerschütternd! Neu! Die Gründung Roms in der Mörkersstraße, oder: Die Rache des Gänserichs. Hochkom. Burleske von Oscar Wagner. Parodie! Ulk! Humor! Njstr. jammfl. Spezialitäten. Anf. Wchlg. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

### Altes Schützenhaus.

Liniestraße 5, empfiehlt seine Festsäle (560 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 20675

### Alter Nordhäuser

à Liter 70 Pf. 60/19 Knusperl sämtlicher Spirituosen. Leo Löwinoch, Oranienstr. 36. Alexanderstr. 32.

## Castan's Panopticum.

Weltberühmte Ausstellung von Wachsfiguren und Gruppen. Illusionen. Irregarten. Schreckenskammer.



Passage-Panopticum. Soeben aus Chicago eingetroffen: Der blaue Mann. Die Affendame. 11-1 Uhr. 4-9 Uhr.

### Präuser's MUSEUM

anatomisches Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße. darunter der Schuttsanal der Kugeln des deutschen Militärs, fünf Körper gehend durch geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren. Dienstag u. Freitag: Damentag. Entree 50 Pfg.

### Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Pass.) Schönste und billigste Sehenswürdigkeit der Residenz! Spezialitäten I. Ranges! Neu! Novität! Neu! Kneipp II, oder: Das Blumengretel von Nieder-Schönhausen. Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entree Wochentags 15 Pf. R. Winkler.

### Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz. Täglich: Gross. Concert. Spezialitäten-Vorstellung von nur Künstlern I. Ranges. Dinus Truppe, Elite-Akrobaten (6 Personen). Familie Kraussel, russisches Orchester (6 Personen). Fräulein Hedwig Marga, Kostüm-Soubrette. Paul Krugeler, Gesang-Humorist. Fratelli Bozza, italien. musikalische Steinsetzer und Köche. Signorita Luisada Siro, italienische Kostüm-Soubrette. Kassenöffnung: Sonntags 5 Uhr. Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. A. Zimmermann.

### Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel. An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf. Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

## Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Täglich von 5 Uhr ab: Grosses Frei-Concert. Soireen der Leipziger Sänger vom Kruskal-Palast. Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reserviert 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reserviert 50 Pf. Anerkannt gute Küche. Säle für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Regeldampfen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Programm unentgeltlich. Carl Koch.

### Neues Club-Haus

72. Kommandantenstr. 72. Empfehle meine 4 hocheleganten Festsäle (50-400 Pers.) den 2c. Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. 2534b Habe noch einige Sonnabende und Sonntage zu vergeben. H. Ebert.

### 98. Neu eröffnet! 98.

Billigste Bezugsquelle in Herren- und Knaben-Garderobe. Spezialität: Arbeitsgarderobe, einzelne Jaquetts, Beinkleider, Westen. Carl Herschmann, 98. Bergmannstrasse Nr. 98.

Unserem Bruder, dem Dreher Hermann Scholz, die besten Glückwünsche zum heutigen Tage. Oller Junge, sei man gut, Patriarch Bier giebt frischen Muth. P. Sch. C. Sch.

### Central-Kranken-u. Begräbnis-Kasse der Sattler

und Berufsgenossen Deutschlands „Hoffnung“. (E. H. 64.) 269/9 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Freund und Kollege Franz Haase

am 17. d. M. nach langem Leiden an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag, den 20. Okt., Nachm. 3 Uhr, von d. Leichenhalle des Krankenhauses am Friedrichshain nach dem Petrilirchhof, Friedenstraße 82, statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

### Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weissbinder) u. Stuckateure Deutschlands

„Grundstein zur Einigkeit“ (Oertliche Verwaltungsstelle Berlin). Ordentliche Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 22. Oktober 1893, Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Brochnow, Sebastianstraße 39.

Tagesordnung: 1. Abrechnung des Kassiers vom 3. Quartal 1893. 2. Bericht der Revisoren. 3. Bericht über die Verwertung der Prozenzgebühren. 4. Berichterstattung der gewählten Kommission zur Untersuchung in der Angelegenheit Wolf (Steinmetz). 5. Innere Kassenangelegenheiten. 6. Etwaige Beschwerden gegen die örtliche Verwaltung. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Das Kassenlokal ist an diesem Sonntage geschlossen. 255/14 Die örtliche Verwaltung.

### Verein des technischen Personals der Deutschen Bühnen

ladet sämtliche Theatermeister, sowie Maschinenmeister zur außerordentlichen Versammlung am Sonnabend, den 21. d. M., Abends 11 Uhr, Annenstraße 16, ein. 2614b Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Blindow über Zweck und Ziele des Vereins. Der Vorstand.

### Stenographie.

Restaurant Kowald, Oranienstr. 126. Donnerstag Abend 1/9 Uhr beginnt ein unentgeltlicher Lehrgang für Herren Damen und Schüler in der schnellsten und besten Stenographie. Der Kursus umfasst 6-8 Unterrichtsstunden bei höchstl. 1 Stunde. Verein Stenographen-Schule. Auswärts brieflich. Näheres 427/2 Clausen, Zeltowerstr. 37.

### „Sanssouci“

Kottbuserstr. 4a. Jeden Donnerstag und Sonntag: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Zum Schluß: Adele, die kalte Mamsell. Ensemble von Rensel. Entree 50 Pf.



Im Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.) Freitag, den 20. Oktober: Soiree in der Victoria-Brauerei.

### Weißbierbrauerei Albert Bier,

begründet 1792, Berlin O., Stralauerstrasse 3-6, Fernsprecher: Amt V, 1056, empfiehlt feinstes Tafel-Weißbier, Brauerei-Abzug. 30 halbe oder 15 ganze Literflaschen für 3 Mark. Eigene Ausfuhrlökhale: 1) Stralauerstr. 3-6, Delonon W. Witte, 50332 2) Friedrichstr. 83, Ecke Rodmarinstr., Delonon P. Kowald. 3) Weinmeisterstr. 18, Restaurant Pickenbach, Def. J. Brockmann.

### !! Roh-Tabak !!

Sämtl. ein- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt Heinr. Franck, Roh-Tabak-Handlung Brunnenstr. 185.

## Achtung! Br. Kommunalwähler-Versammlung

Achtung! Freitag, den 20. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr: für den 22. und 23. Kommunalwahl-Bezirk in den Konkordia-Festsälen, Andreasstraße Nr. 64. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Stadtverordneten Bruns, Tempel, Henke und Wernau. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Wahlkomitees. 394/7\* Die Veriranensperson.

## Kommunalwähler-Versammlung

des 16., 18., 20. Kommunalwahl-Bezirks Donnerstag, den 19. Oktbr., Abends 8 Uhr, im Etablissement Buggenhagen, Moritzplatz. Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: Dr. Zadok. 2. Diskussion. 3. Vorschläge eventuell Ausstellung von Kandidaten für obige Bezirke. Frauen haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

## Arbeiter-Bildungsschule

Donnerstag, den 19. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr: Ordentliche General-Versammlung in der Berliner Reissource, Kommandantenstr. 57. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Statutenänderung. 5. Wahl zweier Revisoren. 6. Verschiedenes. Um zahlreiches Besuch bittet Der Vorstand.

An diesem Tage fällt der Unterricht in allen Schulen aus. — Die Inhaber von Sons werden nochmals gebeten, mit dem Kassier H. Königs, Diefenbachstr. 80, abzurechnen. — Diejenigen, welche noch mit Billets vom Volksfest in Schönholz im Rückstande sind, wollen baldigst mit dem früheren Kassier H. Gampol, Wartinstr. 42, abrechnen. 394/5\*

## Allgem. Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands. (Mitgliedschaft Berlin.)

Große Mitglieder-Versammlung am Freitag, den 20. Oktober 1893, Abends 6 Uhr, in Philipp's Saal, Rosenthalerstraße 38. Tagesordnung: 1. Die Lage des Fensterstreiks. 2. Vereinsangelegenheiten. 396/2 Der Vorstand.

## Große öffentliche Versammlung aller im Graphischen Gewerbe

beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Lithographen, Steindrucker, Buchdrucker, Buchbinder, sowie aller Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen) Donnerstag, den 19. Oktober 1893, Abends 8 1/2 Uhr, im alten Schützenhause, Liniestraße 5. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Seiler über: „Die Klassenlage des Proletariats“. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Streit in Brandenburg. Referent: Kollege O. Sillier. 4. Verschiedenes. In anbeacht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist eine recht zahlreiche Beteiligung aller Branchen dringend notwendig. Der Einberufer.

## Verein zur Regelung der gewerbli. Verhältnisse der Töpfer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Freitag, den 20. Oktober 1893, Abends 6 Uhr: Versammlung im Lokale des Herrn Joël, Andreasstraße Nr. 21. Tagesordnung: 1. Die jetzige Lage unseres Fensterstreiks. 2. Regelung der Streitunterstützung. 825/14 Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

## Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen.

Sonntag, den 23. Oktober ev., Vormittags 10 Uhr, bei Köhler, Prenzlauer Allee 242-247: Große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Tabak-Fabriksteuer; der Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands und Wahl der Kongress-Delegierten. Die Kommission. 321/7\*

## Grosse Wohlthätigkeits-Matinee

am Sonntag, den 23. Oktober, Mittags 12 Uhr, in Kaufmann's Variété (Stadtbahnbogen Alexanderplatz), veranstaltet vom

## Verband der im Bergolder-Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zentrale Berlin).

Auftreten des gesammten Künstlerpersonals. Billets à 30 Pf. sind in den Zahlstellen von Aug. Günther, Josefstraße 10; Emil Köpnick, Schillingstraße 30a, und Julius Peterson, Veteranenstraße 22, zu haben. An der Kasse 50 Pf. Zu einer recht starken Beteiligung, wozu Freunde und Gönner eingeladen sind, ersucht Der Vorstand. 356/2

## Empfehle den Genossen meine Glaserei und Bildereinrahmung.

Große Auswahl von Stahlischen, Gold- und Silberbildern u. Gemälden mit und ohne Rahmen. Besonders empfehlenswert Kaffale, Marx u. a. Gruppenbilder der sozialdemokratischen Fraktion. Größe des Bildes 60 x 54 Ctm. Stück 75 Pf., kompl. in sauberem Rahmen von 3 Mark an. Zu jedem Geicht passend. 4968L\* Carl Scholz, Wrangelstraße 32.

## !! Arbeiter !!

Jeder Fuselschnaps untergräbt langsam aber sicher unsere Gesundheit. Trinkt deshalb nur fuselfreie, natürliche Brantweine. Solche sind die Cognacs, Marke Léonard Gonzac & Co. der Frenoch-Cognac-Brandy-Distillery in Germany, Centrale Berlin N., Oranienburgerstrasse 17. Zu haben wo Plakat aushängt und Standardflasche mit Original-Etiquette vorhanden ist. 4962L\*



## Tokales.

**Die Verpflegung der Kranken in den städtischen Heilanstalten** hat schon in früheren Jahren mehrfach zu Klagen Anlass gegeben. Wie begründet diese Klagen waren, das geht aus den Verwaltungsberichten hervor, welche der Magistrat über die städtischen Krankenhäuser veröffentlicht. Mit geringen Abweichungen stimmen die über die Verpflegung gemachten ziffermäßigen Angaben bei allen hiesigen Krankenhäusern überein und auch in den Formen, in welchen die Verpflegung den Kranken in den städtischen Anstalten gereicht wird, dürfte wenig Unterschied zwischen den einzelnen Krankenhäusern bestehen, so daß aus den genaueren Mittheilungen über die Verpflegungsverhältnisse in einer Anzahl die nöthigen Schlüsse auf die gleichen Verhältnisse in anderen Anstalten gezogen werden können. Das städtische Krankenhaus am Friedrichshain hatte einen Verpflegungssatz von 277 000 M. im letzten Jahre. Bei einer durchschnittlichen täglichen Krankenziffer von 600 Personen erscheint diese Summe schon ziemlich knapp. Denn es ergeben sich nur etwa 1,30 bis 1,40 M. pro Tag und Kopf für die Verpflegung. Allein in Wirklichkeit wird diese Verpflegungssumme für die Kranken keineswegs ausschließlich verwendet, vielmehr sind darin mit einbegriffen die Ausgaben für die Verpflegung des gesammten ärztlichen und Pflegepersonals und der Bespeisung der in der Anstalt beschäftigten Arbeitskräfte. Für die Verpflegung aller dieser Leute, einschließlich der Kranken, hat man vier verschiedene Verpflegungsformen eingerichtet, die eine (den 1. Tisch) der Ärzte und Apotheker, eine andere (den 2. Tisch) für Oberärzte, Oberwäscherin, für die Pflegeschwestern und die Schülerinnen der Pflege-Anstalt; eine dritte (den 3. Tisch) für das Barte, Dienst- und Arbeitspersonal der Anstalt und endlich (den 4. Tisch) die eigentliche Krankenloft. Wie nun diese einzelnen Verpflegungsformen beschaffen sind, davon kann man sich einen Begriff machen, wenn man die pro Kopf und Tag berechneten Kosten der Bespeisung nach den einzelnen Tischformen vergleicht. Es kostet nämlich die tägliche Bespeisung einer Person nach dem 1. Tisch 2 M. 33 Pf., nach dem 2. Tisch 1 M. 73 Pf., nach dem 3. Tisch 1 M. und die Verpflegung eines Kranken 79/100 Pf. täglich und durchschnittlich. — Aber auch diese Summe ist als durchschnittlicher Verpflegungssatz noch zu hoch gegriffen, denn sie umfaßt auch die Extradiät und einige besondere Stärkungsmittel, die nur auf spezielle Anordnung der ärztlichen Direktoren einzelnen Kranken gewährt werden, z. B. Lauben, Gähner, Cotelette u. dergl. Rechnet man den Betrag der Extradiät und der besonderen Stärkungsmittel, die doch nur einzelnen Kranken zu gute kommen, von dem oben erwähnten Satze von 79/100 Pf. ab, so wird sich nach ungefährender Schätzung (in dem Bereiche vermissen wir einen genaueren rechnungsmäßigen Nachweis) der Kostenbetrag für die gewöhnliche Krankenloft auf etwa 50 Pf. pro Kopf und Tag stellen. Daß dafür kein Kranker gepflegt und namentlich nicht wieder zu Kräften gebracht werden kann, wenn er von schwerer Krankheit befallen und geschwächt ist, leuchtet ein. Mit einem so geringen Kostenfah für die Verpflegung auszukommen, ist überhaupt nur dadurch möglich, daß die Kranken entlassen werden, sobald der Krankheitsprozeß zum Stillstande gebracht ist. Der Genesende wird, noch schwach, in jeder Weise unterstützungsbedürftig und körperlich elend, aus dem Krankenhause entlassen und ist damit der Gefahr neuer Erkrankung oder eines Rückfalls in das eben überwundene Leiden ausgesetzt. Bei allen Schwerkranken und bei einer großen Zahl leicht Erkrankter mag ja die Erlaubnis zeitweilig ganz geschwunden oder stark herabgesetzt sein; aber mit eintretender Genesung findet sich auch der Appetit wieder und bekanntlich desto heftiger, je tiefer er bei der Krankheit gesunken war. Es ist bezeichnend, daß von dem gesammten Verpflegungssatz der Anstalt nur 8 pCt. auf den sogenannten (4.) Krankentisch entfallen. Es wird mit Recht darüber geklagt, daß den Kranken von ihren Angehörigen in der Beschaffung Nahrungsmittel zugestekt werden, die den Kranken gefährlich werden können; diesem Uebelstande könnte wirksam gesteuert werden, wenn die regulativmäßige Krankenloft verbessert würde und wenn namentlich die Pflege der Genesenden eine bessere wäre als sie gegenwärtig ist. Mit dem Hinweis auf die ganz unzulässigen Preissteigerungen für Genesende ist diese Frage auch nicht erledigt. Wenn über die Verpflegung in der Charite noch mehr Klagen geführt werden, so überhebt uns dies nicht davon, auf die auch in städtischen Krankenhäusern bestehenden Mängel sorgfältig hinzuweisen. Es ist im Allgemeininteresse zu wünschen, daß die Klagen möglichst spezialisiert einem unserer Vertreter im rothen Hause oder der Sanitätskommission mitgeteilt werden.

**Neues städtisches Krankenhaus.** Die bereits mitgeteilt, beabsichtigt der Magistrat von Berlin ein viertes städtisches Krankenhaus endlich zu bauen. Jetzt ist der Plan fertiggestellt und am Montag der städtischen Baudeputation übergeben worden. Das Gebäude, welches am Spandauer Schiffahrtskanal und der Jungfernhöhe errichtet werden wird, dürfte das größte städtische Krankenhaus werden und soll mit einer Rekonvaleszenten-Anstalt verbunden werden. Der Beginn der Planungsarbeiten des umfangreichen Terrains ist erst für kommenden Frühjahr angelegt, die Ausführung des Baues soll so erfolgen, daß das Krankenhaus im Jahre 1896 dem öffentlichen Verkehr übergeben werden kann. — Noch ein weiteres Krankenhaus zu bauen könnte nicht schaden.

**Zur Stadtverordnetenwahl.** Der Verein der Hausbesitzer des Wedding hat beschlossen, ganze 100 M. zur — Herbeiführung der Nichtwiederwahl des Genossen Bogt herr zum Stadtverordneten auszugeben. — Armer Bogt herr!

**Sparbarkeit des Justizsystems.** Die Geschworenen, welche zur Theilnahme an der gegenwärtigen Schwurgerichtsperiode am Landgericht II einberufen worden sind, werden ziemlich stark mitgenommen. Am Montag standen zwei Sachen an, die bis in die achte Abendstunde währten. Am Dienstag dauerte die Verhandlung wider den Dr. Hlatow aus Kisdorf bis 5 Uhr, alsdann begann erst noch eine zweite Verhandlung wegen Brandstiftung, zu welcher 12 Zeugen geladen waren. Die Verhandlung dauerte bis gegen 9 Uhr Abends. Bis zum 26. d. M. sind mit Ausnahme von 2 Tagen für jeden Sitzungstag zwei größere Sachen angelegt. Am Dienstag trat die Sparbarkeit des Justizsystems wieder einmal recht deutlich in die Erscheinung, merkwürdigerweise aber im Finstern. Um 5 Uhr war im Vestibül vor dem kleinen Schwurgerichtssaale noch kein Gas zu erlangen. Nur ab und zu drang ein Lichtschein durch die offene Thür des Sitzungssaales, wenn ein Zeuge aufgerufen wurde. Wozu braucht auch die Gerechtigkeit Licht. Sie ist ja blind und tappt im Finstern.

**Der Wassersturz im Viktoria-Park** wurde gestern Vormittag wiederum geprüft. Nachdem die Verstopfungen und Verlandungen mehrerer Quellen behoben waren, jurgierten diesmal die Wasserwerke in voller Stärke und boten einen prächtigen Anblick dar.

**Heberfall.** Der Buchdrucker Wilhelm Berner wurde nach Mittheilung eines hiesigen Blattes am Montag Abend (aus Anlaß, wie es scheint, einer Privatfreitragheit) auf dem Wege vom Moritz zum Heinrichsplatz unter dem Rufe: „Geben Sie mir

Revanche, Aufschluß will ich haben“ von 2 Leuten überfallen, nach kurzer Zeit aber befreit. — Welches immer die Beweggründe zu solchem Vorgehen gewesen sein mögen: ein General a. D., Kreuzzeitungsleute, Intelligenzblattmänner u. dgl. mögen solche knotige Benehmen für angemessen erachten — andere nicht.

**Elektrische Straßenbahn.** Der Magistrat hat gegen das von der Firma Siemens u. Halske eingereichte generelle Projekt zur Anlage einer elektrischen Straßenbahn mit oberirdischer Stromleitung von der Warschauer Brücke durch die Warschauerstraße, die Petersburger-, Zbaer-, Eldenaerstraße nach dem Zentral-Vieh-hofe Einwendungen nicht erhoben, jedoch nur unter dem Vorbehalt des Widerrufs, da ein Spezialprojekt für diese Linie noch nicht vorliegt. — Warum baut die Stadt nicht selbst?

**Berliner Brückenbauten.** Die im Umbau begriffene Ebertsbrücke, welche die Artilleriestraße mit der Straße Am Kupfergraben verbindet, soll nach ihrer Fertigstellung durch vier über den Strompfeilern anzubringende elektrische Bogenlampen erleuchtet werden. Als Kandelaber sind, in ähnlicher Weise, wie dies in der Straße „Unter den Linden“ der Fall ist, Schmiedeeiserne Pfosten in Aussicht genommen, welche sich auf den genannten Postamenten erheben. — Der Bau der Friedrichsbrücke ist soweit vorgeschritten, daß es in der Absicht der Stadtbauverwaltung liegt, dieses Bauwerk endlich am 15. November d. J. dem öffentlichen Verkehr zu übergeben.

**Wozu zu den Schwarzen ziehen?** Der Sekretär des Gouvernements von Kamerun, Herr Seyger, ein Rathenower Kind, welcher in diesem Jahre auf Urlaub in seiner Vaterstadt weilte und erst am 11. August wieder in der überseeischen Kolonie eintraf, ist bald darauf derartig erkrankt, daß er sofort nach Madeira geschickt werden mußte. Herr S. verwalltete außer seinem Sekretärposten auch noch denjenigen des Chefs der Kammerener Postagentur.

**Der Kreisphysikus für Teltow, Dr. Tall, ist** infolge eines Herzschlages verstorben.

**Bezüglich der Verhaftung der Inhaber Wiffing u. Co.** erfahren wir noch: Der Firma standen 4 Chefs vor und zwar außer den bereits gestern genannten Verhafteten der Techniker Schön und in letzter Zeit der Reisende Neumann, auf dessen Namen vor einigen Tagen das Geschäft umgedreht wurde. Das seit drei Jahren bestehende Geschäft wurde in recht umfangreicher Weise betrieben und nicht weniger als 23 Reisende hatte die Firma unterwegs, wozu letztere vorwiegend mit „kleinen Leuten“ in der Provinz, wie Modistinnen, Barbieren, Krämer u. s. w. arbeiteten. Der seinerzeit wegen Fälschung von Waarenbestellungs-Formularen verurtheilte Reisende der obigen Firma, Burdach, hatte dem Untersuchungsgericht gegenüber geäußert, daß er durch seine Chefs zu den Fälschungen veranlaßt worden sei; dem gegenüber behaupten die Beschuldigten, daß sie keinen ihrer Reisenden hierzu veranlaßt, und wenn solche Betrügereien geschehen, solche von den Reisenden selbständig ausgeführt seien. Mit der Vertheidigung der Verhafteten ist ein bekannter hiesiger Rechts-anwalt betraut, außerdem ist dem Gericht eine enorme Kautions-summe — wie wir hören 150 000 M. — für die Freilassung der beschuldigten Chefs angeboten. Die Bücher der Firma werden gegenwärtig durch gerichtliche Sachverständige geprüft; wir bemerken noch, daß die Inhaber des Geschäftes eine dritte Filiale in Wien vor einigen Wochen verkauft haben.

**„Schneidiger Reiter“.** Ueberritten wurde Mittwoch Morgen um 9 Uhr im Thiergarten bei dem Kleinen Stern der 15 Jahre alte Arbeitsburche Paul Fischer aus Brandenburg, der auf dem Reitwege stand, als er von hinten über den Haufen geritten wurde. Fischer wurde durch das 33. Polizei-Revier nach einem Krankenhause befördert, während der „schneidige Reiter“ davon-sprengte, ohne sich um den Verletzten zu kümmern. — Vielleicht trägt einer unserer Leser zur Feststellung des Reitersmannes bei.

**Polizeibericht.** Am 17. d. M. Vormittags fiel ein Rutscher vor dem Hause Luisenstraße 46 beim Weisigen eines in der Fahrt befindlichen Sprengwagens zur Erde, gerieth unter die Räder und erlitt anscheinend bedeutende innere Verletzungen. — An der Ecke der Friedrich- und Wehrenstraße wurde Nachmittags ein 73 Jahre alter Mann durch einen Geschäftswagen überfahren und an beiden Hüften schwer verletzt. — Abends gerieth der Dachstuhl des Hauses Bernauerstr. 15 in Brand und wurde zum größten Theil zerstört. — Außerdem fanden zwei kleine Brände statt.

## Gerichts-Beitrag.

**Is eine unhöfliche und nicht sachdienliche Bemerkung eines Landgerichtsdirektors eine Beleidigung?** Diese Frage wurde vorgestern vom Reichsgericht verneint. Genosse Stadthagen war wegen angeblicher Beleidigung eines Landgerichtsdirektors zu Elbing, wie wir bereits früher ausführlich mittheilten, zu 50 M. Geldstrafe vom Landgericht zu Elbing verurtheilt. Das Reichsgericht hob auf Revision des Angeklagten das Urtheil auf, weil das Landgericht, das mit Recht angenommen hatte, daß Stadthagen in Wahrnehmung der Rechte seiner damaligen Klienten gehandelt habe, irrtümlich die Form der Worte für beleidigend erachtet hatte; zum mindesten hätte es angeben müssen, welche mildere Form Stadthagen etwa habe anwenden können. Das Landgericht zu Rönig, das nunmehr in der Sache zu urtheilen hatte, kam wiederum zu einer Verurteilung. Es nahm an, daß durch die Darlegung Stadthagen's dem inzwischen zum Präsidenten beförderten Direktor der Vorwurf der Unanständigkeit gemacht sei. Die Ausfertigung, die der Präsident gemacht, mißten zwar als nicht sachdienliche und als unhöfliche bezeichnet werden, enthielten aber, zumal der Präsident als Zeuge bestritten, die Absicht einer Beleidigung gehabt zu haben, keine Beleidigung, könnten deshalb auch nicht mit der Beleidigung Stadthagen's kompensirt werden. Der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) wurde Stadthagen zwar im allgemeinen, nicht aber bezüglich des Vorwurfs der Unanständigkeit, den Stadthagen in milderer Form erhoben habe, zugestanden. In der hiergegen eingelegten Revision rügte Angeklagter u. a., daß das Urtheil wiederum keine mildere Form seines Vorwurfs enthalte, vielmehr eine stärkere Form, — die könne doch nicht ihm zugerechnet werden. Wollig abwegig gehe aber das Landgericht in der Darlegung, weshalb die von dem jetzigen Landgerichtspräsidenten in des Angeklagten Abwesenheit grundlos erhobene Verdächtigung keine Beleidigung sein solle. Gäbe doch das Landgericht zu, daß die Äußerung des Richters nicht sachdienlich, auch unhöflich gewesen. Wenn das Gericht von dem Angeklagten angenommen habe, daß er bei seiner „Gewandtheit in Sprache und Schrift“ in nicht beleidigender Weise das zur Wahrnehmung seiner Klienten Erforderliche hätte sagen können, selbst aber keine mildere sondern nur eine stärkere Form gebraucht habe, so erscheine dieser Theil der Urtheilsgründe

lediglich als ein wenig werthvolles Aneinanderreihen von Worten. Um die 50 M. Strafe harme er sich nicht. Bedeutungslos aber erscheine ihm, daß das Recht der Vertheidigung nicht noch mehr, als durch die Praxis bislang schon gegeben, entgegen dem Gesetze eingeschränkt und daß nicht der Grundfah von dem Reichsgericht sanktioniert werde, daß ein Richter sein Amt zu völlig grundlosen, unsachlichen Ausfällen gegen Abwesende gebrauchen dürfe. Uebrigens enthalte seine in Beziehung auf den Präsidenten gemachte Äußerung, da sie zweifellos der Wahrheit entspricht, keinesfalls eine Beleidigung. Der Ausfall seiner Revision müsse allerdings ein negativer sein, wenn die Gesetzgebung in Deutschland auf dem Niveau der unfähigsten Völker sich befinde, die bekanntlich die Vertheidigung am meisten beschränken.

Der Reichsanwalt beantragte Verwerfung der Revision. Das Reichsgericht folgte diesem Antrag. Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch bemerken, daß in dem vor dem Kammergericht schwebenden Prozeß gegen Stadthagen (Beleidigung des Polizeipräsidenten) sein Abblehnungsgesuch gegen den Senatspräsidenten Groschuff für begründet erachtet ist, da Senatspräsident Groschuff aus den von Stadthagen angeführten Gründen als Partei in der Sache angesehen werden müsse. Sein auch gegen die Richter, die lange Zeit hindurch vor ihrer jetzigen Thätigkeit Staatsanwälte gewesen, gerichtetes Abblehnungsgesuch ist dagegen abgelehnt. Termin in dieser Sache ist auf den Montag der Parteitagswoche anberaumt.

**Butterfälscher.** Die Bischoff'sche Schmelzprobe, welche bei den Verhandlungen wegen Butterfälschung vielfach eine Rolle spielte, wird demnächst, wen auch in anderer Art, das Gericht beschäftigen. Das Gericht fand bei der Beurtheilung von Butterfälschungen bekanntlich in häufigen Fällen eine Fälschtheit des angeklagten Butterhändlers darin, daß er durch Unterlassung einer Schmelzprobe sich nicht überzeugt hatte, ob die Butter verdächtig sei, oder nicht. In allen Fällen hatte das Polizeipräsidium, welches der Butterfrage hervorragende Aufmerksamkeit zuwendet, auf grund gerichtlich chemischer Analysen den Antrag auf Strafverfolgung gestellt. Innerhalb der polizeilichen Beurtheilung spielte die Bischoff'sche Schmelzprobe nur insofern eine Rolle, als sie bei ihrer leichten Ausführbarkeit nur ein Warnungsmittel für den Verkäufer sein sollte. Der Vorstand des Wollereiverbandes „Kleeblatt“ in Prenzlau (von Armin-Räpdon und Chambeau) ist nun in der Annahme, daß gerichtsseitig lediglich auf grund der Bischoff'schen Schmelzprobe Verurtheilungen von Butterhändlern erfolgen, bei dem Landwirtschafts-Minister und dem Reichs-Justizamt vorstellig geworden — so berichten einige Fachblätter — daß auf grund der Bischoff'schen Schmelzprobe weitere Verurtheilungen nicht mehr erfolgen. Dr. Bischoff verwehrt sich in einer Erwiderung in den Fachblättern mit Entschiedenheit dagegen, daß das von ihm im Interesse des Publikums und besonders der Butterhändler veröffentlichte Prüfungsverfahren jemals bei der Beurtheilung eines Butterhändlers als Grundlage gedient habe. Nur die chemische Analyse sei entscheidend gewesen. Allerdings sei dieselbe auch stets durch das warnende Ergebnis der Laien-Schmelzprobe unterstützt worden. In den erwähnten Berichten in den Fachblättern unterstellt der Vorstand der Wollereigenossenschaft „Kleeblatt“ dem Dr. Bischoff, daß derselbe wieder besseres Wissen sein Gutachten in weittragenderem Maße zur Geltung bringe, als es sein Verfahren verdienen. Dem Polizeichef wird hiermit der Vorwurf gemacht, ungerechte Verurtheilungen bewirkt zu haben. Dr. Bischoff wird auf grund dieser Unterstellungen gegen den Wollereiverband „Kleeblatt“ den Klagenweg beschreiten.

**Ein Bräutigamsbäuge.** Der Lehrer Jakob Knischewski in Grünwalde ist am 2. Juni von der Strafkammer in Orlowitz wegen fahrlässiger Körperverletzung im Amte zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Es sind ihm elf Fälle nachgewiesen worden, in denen er Schulkinder bei den Haaren gefaßt, mit den Näsen gegen die Schulbank gestoßen und mit dem Stod auf sie losgeschlagen hat, daß sie bluteten. Die Fahrlässigkeit wurde u. A. darin gefunden, daß er nicht hingesehen hat, wohin er schlug. — Seine Revision, welche nur unbeachtliche Mängel enthielt, wurde vom zweiten Strafsenate des Reichsgerichts verworfen.

**Vorkäuflich mißglückter Versuch der Anklagebehörde,** den Begriff einer „geheimen Verbindung“ noch mehr zu erweitern.

Vom Landgerichte Altona sind am 4. April die Schuchmachergebrüder Anton Johannsen Petersen und Friedrich Gustav Brendel von der Anklage aus § 129 freigesprochen und Petersen nur wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurtheilt worden. Petersen hat bis November 1892 wiederholt Exemplare der damals in London erscheinenden Zeitschrift „Autonomie“ und Flugchriften, welche von dem Londoner Klub „Autonomie“ herausgegeben sind, zugesandt erhalten und mehrere Exemplare dieser Schriften an Genossen vertheilt. Als seine Verhaftung bevorstand, hat er eine Partie solcher Schriften bei Bekannten versteckt. Er gab zu, sich die Schriften verschafft zu haben, bestritt aber, Beauftragter oder Mitglied der geheimen Verbindung „Autonomie“ zu sein und behauptete, er habe nur sich und seine Genossen über die Bestrebungen der Anarchisten orientiren wollen; er habe mit den Anarchisten nichts zu thun, sondern gehöre einer Richtung an, die zwischen den Anarchisten und den unabhängigen Sozialdemokraten stehe. Diese Behauptungen waren nicht zu widerlegen. Das Landgericht erachtete deshalb die Theilnahme an der geheimen Verbindung für nicht erwiesen, ebenso bei dem Mitangeklagten Brendel. — Die Revision der Staatsanwaltschaft, in welcher ausgeführt wurde, es genüge für den Thatsbestand des § 129 die positive bewusste Förderung der Zwecke der geheimen Verbindung, wurde unter folgender Begründung vom Reichsgericht vorgelesen: **Verurtheilt.** Wie die Verbindung voraussetzt eine gewisse Organisation in der Weise, daß ein Gesamtwille existiren muß, der über dem Willen der einzelnen Teilnehmer steht, und wie ferner die Verbindung Ziele haben muß von einer gewissen Dauer, so ergibt sich dieses doppelte Erfordernis auch für die Theilnahme als Mitglied. Sie ist nicht anders denkbar, als daß das Mitglied seinen Willen in irgend einer Weise dem der Gesamtheit unterordnet und für die Zwecke der Verbindung thätig ist, sodann, daß es thätig ist nicht bloß für einzelne Fälle, sondern eine gewisse dauernde Thätigkeit entwickelt. Das landgerichtliche Urtheil erkennt an, daß Petersen mit dem Klub „Autonomie“ nicht vollkommen übereinstimmt, auch seinen Willen dem dieser Verbindung nicht untergeordnet, sondern seine eigenen Zwecke verfolgt hat, nämlich sich und seine Freunde zu orientiren. Wegen Brendel ist aber noch weniger festgestellt. Es konnte daher ohne Rechtsirrtum der Thatsbestand des § 129 verneint werden.



# Soziale Ueberlicht.

Was eine kleine Gewerkschaftsorganisation unter Umständen leisten kann, zeigt die letzte Abrechnung des Unterstützungsdereins deutscher Schuhmacher. Dieser Verein zählt nach seiner Abrechnung vom 2. Quartal 1893 in 40 Orten 2975 Mitglieder. Neu eingetretene sind in dem Quartale 65, ausgeschieden 79 Mitglieder. Für Arbeitslose auf der Reise wurden in 2553 Fällen 6732,30 M. und für solche am Orte, sowie an Umzugskosten und Fahrgeld insgesamt 5985,89 M. bezahlt; davon entfallen auf 182 Mitglieder für 2816 Tage 4618,60 M., sowie an 21 Mitglieder, welche ihr Domizil gewechselt, 655,16 M. an Umzugskosten, und an 56 Mitglieder, welche behufs Arbeitsannahme nach einem anderen Ort reisten, 652,13 M. an Fahrgeld-Entschädigung. Ferner wurde an die Familien abgereister Kollegen in sechs Fällen 60 M. als Unterstützung gewährt. Für Rechtschutz wurden 60,90 M. verwendet. Im Durchschnitt entfallen für jedes am Orte arbeitende Mitglied 21 1/4 Tage und 34,99 M. Unterstützung. In auf der Reise befindliche, besonders bedürftige Kollegen wurden in 51 Fällen für Kleidungsstücke und Schuhe 215,80 M. ausgegeben. An Erwerbsunfähige wurden in 59 Fällen 5118,75 M. als Unterstützung gezahlt; vorübergehend Erwerbsunfähige wurden insgesamt mit 2995,10 M. unterstützt. Ueber die Arbeitslosigkeit im Schuhmachergewerbe dürften folgende Angaben einigen Aufschluß geben: Als am Orte arbeitslos wurden in den Abrechnungen 247 Mitglieder mit 1032 Wochen und 4 Tagen angeführt, davon 126 Verbeirathete 554 Wochen 3 Tage und 121 Witwe 498 Wochen und 1 Tag, hierzu stellten die auf Beschäftigung wartenden Kollegen in den sogenannten Saisonorten einen bedeutenden Prozentsatz. Im Durchschnitt war jedes arbeitslose Mitglied 25 1/2 Tage ohne Beschäftigung, 10 Mitglieder waren das ganze Quartal ohne Erwerb.

**Trinkgelber an stelle auskömmlichen Lohnes.** In manchen Gewerben, besonders aber im Gastwirths- und Barbiergewerbe, ist die Unsitte stark verbreitet, daß die Arbeitnehmer, also Hausmädchen und Kellner, Barbier, Friseur, an stelle eines auskömmlichen Lohnes nur einen äußerst geringen Lohn erhalten, dafür aber auf Trinkgelber angewiesen sind. Alle Bestrebungen, welche bislang darauf ausgingen, das Trinkgeld, das den Empfängern erniedrigt, ihn von der Gnade des Gekerkerten abhängig macht, zu beseitigen, sind daran gescheitert, daß die Unternehmer sich weigern, höhere Löhne zu zahlen. An einigen Orten ist zwar das Trinkgeld beseitigt, aber der Lohn ist nicht im geringsten gestiegen; die Arbeitnehmer sind also noch immer daran als vorher. Unter diesen Umständen wurde es von den Barbiergehilfen mit Freuden begrüßt, als der Bund deutscher Barbier, Friseur- und Perrückenmacher-Zünfte beschloß, das Trinkgeld abzuschaffen. In dem Arbeitsvertrage wurde folgender Passus aufgenommen: „Der Gehilfe . . . dagegen verpflichtet sich, in allen Branchen des Geschäftes seine ganze Thätigkeit zu widmen und für eigene Rechnung keine geschäftlichen Verrichtungen auszuführen; ebenso darf derselbe kein Trinkgeld, unter welcher Form es auch gegeben wird, annehmen.“ Nach einem vorliegenden Vertrage wurde einem Gehilfen, der sich zur Erfüllung der obigen Bedingungen verpflichtet hatte, neben Kost und Wohnung sage und schreibe 4 M. pro Woche an Lohn versprochen. Wie niedrig wird der Lohn dann gewesen sein, als die Gehilfen noch zum Annehmen von Trinkgeldern berechtigt waren! Daß mit einem solchen Jammerlohn nicht auszukommen ist, und daß dies die Innungsmeister wissen, davon zeigt das Angebot eines Braunschweiger Innungsmeisters; derselbe bietet einem Gehilfen „4 M. und Nebenverdienst“, obgleich es in dem Arbeitsvertrage der genannten Innungen den Gehilfen ausdrücklich untersagt ist, für eigene Rechnung keine geschäftliche Verrichtungen auszuführen.“ — Hier Markt Lohn wöchentlich! Wahrlich, es wird hohe Zeit, daß die Barbiergehilfen sich aufraffen, zusammenzuschließen, und diesen Jammerlohn ein Ende bereiten. Nur durch straffe Organisation wird es ihnen möglich sein, die Löhne derart zu erhöhen, daß sie auf den Bezug von Trinkgeldern verzichten können.

Die 750 000 Nähmaschine wurde am 10. Oktober in der Nähmaschinenfabrik vorm. Seidel u. Raumann in Dresden fertig gestellt. So erklärten stolz die Dresdener Blätter. Was haben die Verfertiger dieser Nähmaschinen dabei erzielt? Die Besitzer des Unternehmens, Kommerzienrath Raumann und andere Aktionäre, haben Niesensummen herausgeschlagen, sich Willen gekant und sich als reiche „Stützen der Gesellschaft“ da; gearbeitet haben sie wenig oder gar nicht. Diejenigen aber, welche die 750 000 Nähmaschinen herstellten, sie haben gerade nur ihr Wischen Kräftens dabei durchgefristet; viele sind verdorben und gestorben; fast alle sind heute ebenso Habenichtse wie bei Beginn ihrer Thätigkeit. Und doch haben sie den ganzen Reichtum mit ihrer Hände und ihres Geistes Kraft hervorgebracht.

Die Frage der städtischen Arbeitsämter ist namentlich durch das Vorgehen des Stuttgarter Gewerbegerichts nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland allgemein zur Besprechung gebracht worden. Leider scheint es, daß man das beschämende Schauspiel erleben soll, daß Stuttgart wohl den Ruhm hat, die Bewegung hervorgerufen zu haben, mit der Ausführung aber nach acht Schildauer Renier weit hinter anderen kleinen und großen Städten einherhumpelt. So enthält die neueste Nummer der „Labour Gazette“, die allmonatlich vom englischen Handelsministerium herausgegeben wird, einen Bericht des englischen Gesandten in München über das geplante Stuttgarter Arbeitsamt. Auch in diesem englischen Gesandtschaftsbericht ist als besonders bemerkenswerth hervorgehoben, daß die Arbeitsvermittlung unentgeltlich geschehen soll, und daß das Arbeitsamt künftig die Stelle sein soll, von der die Nothleidenden vertrieben und die wegen Arbeitslosigkeit unterstützungsbedürftigen Personen dem Armenamt zugewiesen werden.

**Kapitalistische Belohnung des Arbeiterleids.** Für die Schulen in St. Barbara zu Leier war ein Pfortner angestellt. Unter den verschiedenen Bewerberinnen um diese Stelle, von denen der Rindeffordernde ein Gehalt von 20 M. pro Monat beansprucht hatte, sollte die Stadtverordneten-Versammlung am 11. Oktober entscheiden. Natürlich wurde der Zwanzigmarkmann genommen, nachdem Stadtwater Limbourg, wie die „Trierische Volkszeitung“ berichtet, die Meinung abgegeben hatte, ein solches Gehalt sei vollkommen genügend, denn er beschästigte in seiner Werberei Arbeiter, die auch nur 1,50 M. Tageslohn hätten und so haben, daß sie dafür bei ihm arbeiten könnten! Der Mann hat recht. Der Arbeiter ist heutigen Tages zum Theil froh, wenn er sich annähernd so gut wie das Vieh nähren kann. Menschliche Bedürfnisse kennt am Ende des 19. Jahrhunderts ein beträchtlich großer Theil des deutschen Volkes noch nicht.

**Neue Erfindungen** kommen einzig den Kapitalisten zu gute und sind ein Schrecken für die Arbeiter. Dies lehrt aufs neue eine Nachricht, die aus der Porzellanfabrik Altwasser kommt. Dort sind Maschinen zum Sieben des Porzellans aufgestellt worden und falls dieselben sich bewähren, werden die Dreher entweder gänzlich außer Arbeit kommen oder doch durch das vermehrte Angebot der dann überschüssigen Hände an ihrem Arbeitsverdienst ganz bedeutenden Schaden leiden. Vielleicht auch, daß man dann ein übriges thut und in Fortbildungsschulen einen Kursus über die Kunst des Verhungerns abhält.

**Früchte unserer Wirtschaftsordnung.** Unser italienisches Parteiblatt „Lotta di classe“ schreibt: In Frankreich ist die Weinlese so außerordentlich reichlich ausgefallen, daß der Verkauf der Ernte unmöglich ist, zumal die Preise so niedrig sind, daß sie nicht einmal die Transportkosten verdienen. Das Bourgeois-

blatt „L'Autorité“ jammert über diese unheilvollen Wirkungen einer zu reichen Ernte. Dabei muß man aber bedenken, daß es bei unserem unglückseligen Wirtschaftssystem Tausende, ja Millionen von Arbeitern geben wird, die trotz all' dieses Ueberflusses außer Stande sind, sich den Genuß eines Gläschen guten Weines zu gönnen. Das sind die Früchte der heutigen Wirtschaftsordnung. Ist die Ernte schlecht, leidet der Bauer: ist sie gut, ist er noch überdaran. In einer sozialistischen Gesellschaft aber wäre solch ein Ueberfluß ein Segen für alle, weil einmal das Eigentumsprivileg, das aus der Produktion einen Gegenstand der Spekulation macht, abgeschafft, alle die Güter der Erde genießen könnten, alle erhielten, was zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse nothwendig, anstatt, wie heute, nur auf den Ertrag rechnen zu können, den die Preise der Produktion möglich machen.

**Aus New-York** wird uns geschrieben: Obwohl nun schon seit mehreren Wochen die Presse täglich Notizen über die Wiedereröffnung von Fabrik-Etablissements bringt, lauten die Nachrichten aus den Städten des Landes noch immer so ungünstig, wie vordem. Jene Etablissements sind nämlich fast ausschließlich solche, welche sich an kleinen Plätzen befinden, deren ganze Bevölkerung mit Ausnahme einiger Kleinhandlärer, aus den Arbeitern der betreffenden Fabrik besteht; außerdem kommen noch einige Plätze in Betracht, welche der Sitz eines bestimmten Industriezweiges sind, wie z. B. Fall River in Massachusetts als derjenige der Baumwoll-, Pittsburg (Pa.) der Eisenindustrie etc. Die Wiedereröffnungen sind durchgehends — die wenigen Ausnahmen kommen kaum in Betracht — nach wie vor mit Lohnreduktionen verbunden, die in der Regel 10 pCt. betragen, manchmal aber das Doppelte und mehr. In denjenigen Industriezweigen, in denen noch gerade Unterschiede in den Löhnen bestanden, wird auch ein Unterschied in der Reduktion gemacht, indem sie bei den höher bezahlten Arbeitern von 15 pCt. bis zu einem Drittel des bisherigen Lohnes beträgt. Hier und da — aber sehr selten — heißt es, daß die Reduktion nur eine zeitweilige sein soll und mit Hebung der Produktion auch die Löhne wieder steigen sollen, selbstverständlich wird dies aber nur dann eintreten, wenn die Arbeiter dafür kämpfen. Da aber anzunehmen ist, daß die kapitalistische Reservarmee Arbeitloser auch nach Hebung der Produktion im allgemeinen mindestens ebenso stark im Felde stehen wird, wie vor Eintritt der Krise, und sich schon seit Jahr und Tag die Aussichten für die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter als sehr trübe gezeigt haben, auch durch die lange Stocung die Klassen der Organisationen sehr zusammengeschmolzen sind, so wird es wohl auf längere Zeit sehr still bleiben. — Immerhin hört man neuerdings von vereinzelt Widerstandsbewegungen gegen retrograde Lohnreduktionen, und in einzelnen Industriebranchen werden sich dieselben nach Eintritt günstiger Bedingungen auch mehr. Aber derartige ökonomische Kämpfe, wie man sie seitens des Auslandes von den „gewaltigen“ hiesigen nationalen Zentral-Organisationen mit ihren 500 000 und 700 000 Mitgliedern wohl erwarten mag, werden, obwohl ihre Inangaurung im dringendsten Interesse der Führer läge — die ja behaupten, daß die Arbeiter durch diese Kämpfe alle ihre Forderungen durchsetzen können — nicht stattfinden, weil jene Führer selbst trotz gegentheiligter Behauptung davon überzeugt sind, daß sie nur Niederlagen zu erwarten haben!

Das hindert sie freilich nicht, sich hartnäckig gegen den Eintritt der Arbeiter in die Bahn der modernen Arbeiterbewegung zu widersetzen. Das ist speziell vom Präsidenten der „Am. Fed. of Labor“, Comper, zu konstatieren. Auf der Konvention der Internationalen Zigarrenmacher-Union — zu der er von einer hiesigen kleinen Union delegirt war — lagen von mehreren Unionen dahin gehende Anträge vor, daß der Verband sich für die Nothwendigkeit selbständiger politischer Aktion der Arbeiterklasse erklären solle, und eine ganze Reihe Redner setzten in lebenslänglicher Verhandlung auseinander, daß der einseitige ökonomische Kampf — während andererseits die Arbeiter den kapitalistischen Parteien als Stimmvieh dienen — hoffnungslos sei. Nur ein paar Redner wandten sich, unter Anwendung der alten abgedroschenen Redensarten, gegen diese Ausführungen, darunter Comper, welcher entgegnete, die Trades Unions ständen über der politischen Bewegung, und der Zweck der vorliegenden Anträge sei weniger für unabhängige politische Aktion, als im Interesse einer „gewissen“ Partei!

Der Majorität der Delegirten gegenüber — Vertreter kleiner Unions auf dem Lande und durchgehends politische Schlepper der demokratischen oder republikanischen Partei — hätten jene mit „Engelsungen“ reden können, ohne durchzudringen, und sie unterlagen denn auch mit 65 gegen 265 Stimmen.

## Versammlungen.

„Christenthum und Sozialismus“ lautete das Vortragsthema einer öffentlichen Volksversammlung, welche für den 17. d. M. von Herrn Rogg nach den Germania-Sälen in der Chausseestraße einberufen worden war. Referent über obiges Thema war Theodor von Wächter, sowie weiter angekündigt worden, daß Herr von Egidy ganz besonders zu dieser Versammlung eingeladen sei. Das hohs und vielseitige Interesse, welches dieser Versammlung die vielfach als eine Fortsetzung der unlängst stattgehabten Versammlung des evangelischen Bundes, in welcher die Nothwendigkeit evangelischer Arbeitervereine debattirt worden war, und in welcher auch Genosse von Wächter das Wort genommen hatte, betrachtet wurde, bezeugte deutlich der Besuch derselben. Kopf an Kopf gedrängt saßen ein buntes zusammengewürfeltes, aus Damen und Herren bestehendes, den verschiedensten Ständen und Gesellschaftsklassen angehöriges Publikum das weite Auditorium bis in die Gallerie hinauf. Besonders zahlreich waren Angehörige des geistlichen Standes anwesend, zumist Teilnehmer des z. B. hier stattfindenden evangelisch-sozialen Kursus. Auch Herr von Egidy war zugegen. Nachdem das Versammlungsbureau konstituirte und Genosse Rätcher mit der Leitung betraut worden war, nahm Theodor von Wächter zunächst das Wort zu einer einleitenden persönlichen Bemerkung. In derselben nahm er Bezug auf die oben erwähnte Versammlung des evangelischen Bundes, in welcher es ihm nicht gestattet wurde, seine Ansichten voll zu entwickeln. Demzufolge habe er die Teilnehmer des evangelisch-sozialen Kursus zu einem Privatvortrag eingeladen. Mittlerweile sei an ihn die Aufforderung ergangen, in dieser Volksversammlung zu sprechen. Dieser Aufforderung sei er nachgekommen, habe den Privatvortrag abgelehnt und jene Herren zu der Volksversammlung eingeladen. Auf seine Veranlassung seien dieselben erschienen. Er bitte dies zu berücksichtigen und denselben eventuell volle Redefreiheit zu gewähren.

Sodann erklärte er, weniger über Christenthum und Sozialismus sprechen zu wollen, denn unter Sozialismus könne vieles verstanden werden, als vielmehr über Christenthum und Sozialdemokratie, und über das Christenthum nur soweit, als es mit der Sozialdemokratie, mit dem politischen Parteikampfe Verbindung habe, nicht aber von religiösen Gesichtspunkten aus. Er hat alle nachfolgenden Redner, ebenso zu verfahren, indem er der Meinung war, daß die Volksversammlung kein Religionskongreß sei. Was nun zunächst seine Person betreffe: wer da glaube, daß er Sozialdemokrat geworden sei, um Gelegenheit zu haben und zu nehmen, die Arbeiter der Kirche zuzuführen, der befinde sich in einem Irrthum. Er sei vielmehr nur Sozialdemokrat geworden unter dem Druck der Erkenntnis, daß nur durch die Sozialdemokratie die gegenwärtige wirtschaftliche Noth beseitigt werden könne, und in der Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie derartig an

Stärke gewinnen werde, daß sie in die Lage komme, das hierzu Erforderliche auch durchzuführen. Wenn er auch Sozialdemokrat geworden sei, so habe er sich doch das Recht vorbehalten, Ideologe nebenbei zu bleiben. Ein Christ könne jeder Partei angehören, von welcher er glaube, daß diese dem Volke nützlich sei, und so könne auch er der sozialdemokratischen Partei angehören. Man sage zwar, dies sei nicht möglich, da die Sozialdemokratie dem Volke helfen wolle durch Mittel und auf Wegen, die ein Christ nicht gutheißen und nicht mitwandeln könne. Die Sozialdemokratie wolle z. B. nehmen, d. h. stehlen. Allerdings wolle die Sozialdemokratie etwas nehmen, und das seien die Arbeitsmittel, und zwar nehmen aus dem Privatbesitz in den Allgemeinbesitz. Nur der Großbetrieb könne der Menschheit, dem arbeitenden Volke ermöglichen, durch geringere persönliche Arbeit mehr zu leisten und Zeit zu gewinnen zu geistiger Fort- und Ausbildung. Die Arbeitsmittel seien heute ein Monopol der Besitzenden. Wer arbeiten wolle, müsse die Besitzer der Arbeitsmittel um Arbeit bitten. Das sei ein unwürdiger Zustand. Der Arbeiter müsse sich dem Besitzer der Arbeitsmittel mit Leib und Seele verkaufen. Wer Sinn für Recht und Freiheit habe, könne dies nicht ertragen. Eine solche geistige Knechtschaft erzeuge Unzufriedenheit und einen Kampf dagegen auch bei noch so gutem Arbeitsverdienste. Auch ein goldener Käfig bleibe immer nur ein Käfig. (Beifalls Zustimmung.) Dies sei die eine Folge des privaten Besitzes der Arbeitsmittel. Eine andere Folge sei die Wagenfrage. Die großen Vermögen, gleich, ob jüdisch oder christlich, schwänden immer mehr an, das Volk bleibe arm und verarme. Man sage, der Unternehmerr Gewinn sei der berechtigte höhere Lohn für die Denkarbeit. Wenn man diese zugebe, obgleich viele Unternehmer gar nicht denken (Geisteslosigkeit und Beifall), so sei ein derartiger Unternehmerr Gewinn doch keineswegs gerechtfertigt. Gelehrte, Beamte und sonstige Kopfarbeiter seien um nichts dummer als die Unternehmer und verdienen doch keineswegs so viel, wie diese. (Sehr richtig.) Das erhöhte Einkommen der Unternehmer resultire aus dem ihnen von den Arbeitern geschaffenen Mehrwerth der Arbeit. Die Arbeiter schufen den Unternehmern und Besitzern der Arbeitsmittel höhere Werthe als der Preis darstelle, den die Unternehmer ihnen als Preis für die ihnen verkaufte Waare Arbeitskraft bezahle. Es können daher nur die Käufer produktiver Arbeitskraft große Vermögen zusammenhäufen. Dies gereiche der Volkswohlfahrt zum allergrößten Schaden. Das arbeitende Volk schaffe mehr Produkte, als vermöge der Kaufunsfähigkeit des Proletariats gekauft und verbraucht werden könnten. In diesem Umstände seien die Ursachen zu suchen für Kräfte, Arbeitslosigkeit und Kriegsgefahren. Das Christenthum verlange eine frohe Schaffenskraft und verheißt Freude an der Arbeit. Wie könnten aber z. B. die Maurer Freude an ihrer Arbeit haben, wenn sie den Reichen Villen und Palästen bauen, die leer stehen, wenn sie für Einzelne Wohnungen von 18 Zimmern errichten, während Abertausende von Menschen obdachlos sind, wenn sie einen Dom bauen sollen, der zehn Millionen Mark koste, indessen das Volk hungert? Das könne Gott selber nicht wollen! (Brausender Beifall.) Unter der Herrschaft des Geldsacks leiden ebenso wie die Handarbeiter auch die Geistesarbeiter. Die Beseitigung des Privateigentums an Arbeitsmitteln sei eine zwingende Nothwendigkeit. Die Sozialdemokraten seien nicht so dumm, dies durch eine blutige Revolution erreichen zu wollen. Die Sozialdemokraten seien Demokraten, das heißt der Wille der Mehrheit ist für sie maßgebend. Durch freie Aufklärung in Wort und Schrift suchten dieselben die Volksmassen darüber zu belehren, daß die heutigen Zustände geändert werden müssen. Habe die Sozialdemokratie durch Aufklärung die Mehrheit des Volkes für sich gewonnen, so habe sie die Macht und damit die Obrigkeit. Das Volkswohl gehe vor Einzelwohl. Wenn die Sozialdemokratie vermöge des Willens der Volksmehrheit die Expropriation der Arbeitsmittelbesitzer vollziehe, so thue sie nur das Gleiche, was die heutigen Geldherren in vergangenen Zeiten mit den adeligen Herren thaten, als sie diesen ihre Vorrechte und Privilegien nahmen. Wie sie heute, so hätten jene damals Jeter geschrien und gerufen; das sei gegen den Willen Gottes. Es habe ihnen aber alles nichts geholfen und auch den heutigen Geldherren werde nichts helfen. Die Sozialdemokratie wolle und erstrebe nichts, was ein Christ nicht voll und ganz unterschreiben könne. Man sage, ein Sozialist könne wohl ein Christ sein, aber ein Christ kein Sozialist, denn die Sozialisten wollten ja das Königthum abschaffen. Mit diesem sehe es so: Jedes Ding habe seine Zeit und seine Berechtigung, bis es seinen geschichtlichen Beruf, seine Mission erfüllt habe. Ein König nenne sich einen Landesvater. Ein Vater aber habe die Pflicht, seine Kinder zur Selbstständigkeit zu erziehen. Die Fürsten müßten daher mehr Freude haben an Parteien, welche bemüht sind, das Volk reif zu machen, um seine Geschicke in die eigene Hand zu nehmen, als an Parteien, die bemüht sind, das Volk in Unselbstständigkeit zu erhalten. Man sage ferner, die Sozialdemokratie habe allerlei geheime Pläne, z. B. die Abschaffung der Ehe. Bebel habe dies geäußert in seinem Buche: „Die Frau“. Die Meisten die dies behaupten, hätten Bebel's Buch gar nicht gelesen, sonst müßten sie wissen, daß Bebel in seinem Vorworte ausdrücklich hervorgehoben habe, daß er nur seine Privatmeinung ausspreche. Ueber die zukünftige Gestaltung der Ehe könne und werde ein freies Volk entscheiden. Heute nehme es keine Partei mit der Ehe so ernst und sei es mit dieser keiner so heilig, als gerade der sozialdemokratischen Partei. Pumps gebe es allerdings liberal. Man sage ferner, die Sozialdemokratie wolle die Familie zerstören, indem sie die Mitarbeit der Frauen verlange. Das lehne sie ab, die wirtschaftliche Entwicklung und sei allerdings mit Freude zu begrüßen, denn dadurch werde die Frau ökonomisch selbständig, vom Manne unabhängig, die Ehe keine Verpfändungs-Anstalt. Nur auf der Grundlage der ökonomischen Selbstständigkeit der Frau könne eine ideale Ehe aus freier Liebe geschlossen werden. Trotz der wirtschaftlichen Mitarbeit der Frau bleibe dieser doch eine besondere hohe Obliegenheit, nämlich die Erziehung der Kinder. Deshalb verlange die Sozialdemokratie gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen, damit diese vor Allen Zeit gewinnen zur Kindererziehung. (Bravo.) Zu erörtern wäre dann noch die Stellung die sozialdemokratischen Partei zur Religion. Man sage, ein richtiger Sozialdemokrat müsse Atheist sein. Wer dies nicht sei, werde nur als halber Sozialdemokrat betrachtet und in der Partei nur geduldet. Er könne die Sozialdemokratie nicht als eine Weltanschauung erachten. Die sozialdemokratische Partei habe in ihrem Programm, erachte die Weltanschauung eines Jeden Privatsache sein solle. Die Partei könne nur eine neue Wirtschaftsordnung herbeiführen, nicht aber eine Weltanschauung und somit sich selbst zum Gesetz erheben. Das wolle die Partei aber auch gar nicht. Sie wolle vielmehr jedem das Recht belassen, seine eigene Weltanschauung zu haben und dieselbe zu vertreten. Sie wolle nicht, daß der Staat unter Bevorzugung irgend einer Weltanschauung einen Zwang ausübe. Es solle vielmehr ein freier Kampf freier Geister entfallen, in welchem Sieger bleibe, wer die meisten Vernunftgründe für sich habe. Wenn Bebel, Liebknecht und andere der Ansicht seien, daß Religion durch Wissenschaft aufgehoben werde, so hindere das nicht, daß Andere eine andere Ansicht hegen. Jeder habe das Recht, für seine Anschauung Propaganda zu machen. Wenn Sozialdemokraten glauben, daß durch eine andere Wirtschaftsordnung Religion beseitigt werde, so sei das eben nur ein Glaube. In der Partei müsse Meinungsfreiheit herrschen, bis der wissenschaftliche Kampf entschieden sei. Das arbeitende Volk sei heute — allerdings ohne sein Verschulden — noch nicht befähigt, selbständig derlei Fragen zu entscheiden. Jetzt herrsche nur eine Nachbetung von dem, was andere sagen. Das Volk müsse erst Zeit zur Bildung gewinnen, um diese Geisteskämpfe durchzuführen zu können. Dann müsse das arbeitende Volk erst wirtschaftlich frei werden. Und hierzu hätten sich Alle die Hand zu reichen, möge



der Einzelne glaubt, was er wolle. Wollen Sie also, schloß Redner, daß der große Geisteskampf in rechter Weise entschieden werde, daß Jeder vermöge eigenen Studiums in die Lage komme; selbständig sein Urtheil abzugeben zu können, dann heißen Sie, daß Volk wirtschaftlich frei machen. Und dies kann nur geschehen durch Enteignung der Arbeitsmittel. Einen neuen Reformator brauchen wir nicht und erhoffen wir nicht. Die heutige Reformation umfaßt Alle und Alles, sie will einen Jeden selbständig machen. (Amdauernder Beifall.)

Hierauf erhielt das Wort Herr von Egidy: Derselbe betonte, daß man zweierlei unterscheiden müsse: Den Zustand, den man erreichen wolle und die Mittel und Wege, welche zur Erreichung dieses Zustandes gewählt werden. Er sei der realistischen Ueberzeugung, daß Herr von Wächter nur aus den lautersten Beweggründen, nur aus selbstloser Liebe zu seinen Mitmenschen Sozialdemokrat geworden sei. Die Ueberzeugung von Wächter's, daß die Sozialdemokratie der richtige Weg sei, halte er für einen Irrthum. Wenn sich von Wächter auch zu denjenigen sozialdemokratischen Forderungen bekenne, die nicht lediglich wirtschaftlicher Natur seien, so sei das ein Beweis dafür, daß er ein ganzer Mann sei. Er sei ein Orthodoxer, sowohl als Christ, wie als Sozialdemokrat. Das ehre ihn in seiner Weise. Ja, er sei sogar Fanatiker. Die Sozialdemokratie erstrebe eine wirtschaftliche Aenderung, Ummöschung. Da sie hierfür ein bestimmtes Dogma, Enteignung der Arbeitsmittel, aufgestellt habe, halte er für einen Fehler. Man solle auf kein Dogma schwören, so lange man nicht wisse, ob es auch das richtige sei. Die Sozialdemokratie gebrauche ein ganz bestimmtes System, dessen Befolgung den Menschen das Glück bringen soll, das Alle erstreben, er nicht ausschließen. Die Sozialdemokratie habe sehr schnell den Bannfluch bei der Hand gegen Andersdenkende (Auf: Zürich). Der letzte Kongress scheine ihm wie das Concilium zu Nikäa (Widerspruch). Er rufe der Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie alle von sich i. h., die nicht bis aufs Tüpfelchen über dem i alles beschwören, was sie für nötig erachte. Die Sozialdemokratie verlange slavische Unterwerfung, um herrschen zu können. Er verlange Selbständigkeit für jeden Einzelnen. Zwischen Sozialdemokratie und Volk sei wohl zu unterscheiden. Die Sozialdemokratie sei nicht das Volk. Unter Volk verstehe er Alle mit den Fürsten an der Spitze (Stürmische Unterbrechung). Die Begründung eines jeden Einzelnen könne sich sehr wohl denken mit der Aufrechterhaltung des monarchischen Gedankens. Er sei nun allerdings nicht der Meinung, daß diejenigen, die keinen König haben, sich nun schleunigst einen anschaffen sollen, nein, auch unter einer anderen Staatsform könne die erstrebte Begründung sich vollziehen, aber er halte dafür, daß die deutschen Verhältnisse das Königthum wünschenswerth erscheinen lassen. Er könne nie Sozialdemokrat werden, nie das sozialdemokratische Programm als das allein selig machende anerkennen. Dessenungeachtet mache er niemandem einen Vorwurf daraus, daß er Sozialdemokrat sei, denn er habe volles Verständnis für die gesellschaftliche Entwicklung. Er sei auch der Meinung, daß in und für diese Entwicklung die Sozialdemokratie eine ganz notwendige Erscheinung gewesen sei, da ohne sie das soziale Bewußtsein in bürgerlichen Kreisen nicht so vorhanden sein würde, wie es der Fall ist. Deshalb dürfe nicht vergessen werden, den Männern der Sozialdemokratie, die für ihre Ueberzeugung gestritten und gelitten haben, zu danken. Ihnen gebühre der Dank der Allgemeinheit. Redner entwickelte nunmehr die bekannten „Egidy'schen Gedanken“, jedem Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, das leidende Volk zu erlösen. Das seien aber nicht allein die unteren Klassen, die oberen Klassen litten noch viel mehr. (Große Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie gehe ihm mit ihren Forderungen nach einem achtstündigen Arbeitstage und dergleichen mehr nicht tief genug. Die Vorbedingung für eine menschenwürdige Lebensführung sei eine gesicherte Existenz. Der Zustand der Glückseligkeit, wie er ihm als Ideal vorschwebte, solle nicht durch rohe Gewalt, auch nicht durch Majorisierung, sondern durch Selbsterziehung erreicht werden. Durch die Liebe und Gerechtigkeit müsse in die Menschheit hineingetragen werden, müsse dieselbe leiten. Ein gemeinsamer Ausgangspunkt für ein neues Leben müsse gesucht und dann entschieden werden, welches der verschiedenen Begleitungssysteme das richtige sei. Man müsse erst durch den Zustand der individuellen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit hindurchgehen, um das sozialdemokratische Programm annehmen zu können. Denn dann enthalte dasselbe keinen Zwang mehr. Er verlange Religionsfreiheit, aber auch, daß die Religion in Thaten umgesetzt werde. Dem Siege des Guten die Bahnen zu ebnen für die Erfüllung des Christenthums. (Beifall.)

Auf Ersuchen des Referenten erhält dessen hauptsächlichster Gegner in der gedachten Versammlung des evangelischen Bundes, Herr Pfarrer Naumann, das Wort. Derselbe wird mit Jubel empfangen und meint: Ein Christ könne einer jeden Partei angehören, auch der sozialdemokratischen, sofern dieselbe die Ueberzeugung von der Nichtigkeit des betreffenden Parteiprogramms habe und innerhalb der Partei seinen Glauben behalten und betheiligen könne. Das Letztere scheine aber innerhalb der sozialdemokratischen Partei nicht gut möglich zu sein. Die Gläubigen fühlten sich in die Ecke gedrückt, ihren Glauben sähen sie verspottet, da die Sozialdemokratie Gegnerin der Religion sei. Deshalb hätten sich die christlichen Arbeiter in konfessionellen Vereinen zusammenzuschließen. Durch diese Vereine solle keineswegs eine Trennung der Arbeiter im Interesse der Kapitalisten gefördert werden. Vom christlichen Standpunkte aus könne die soziale Frage ebenso energig in Angriff genommen werden, wie vom materialistischen. Das Christenthum beschäftige sich keineswegs nur mit jenseitigen Dingen, sondern auch mit den Nöthen dieser Welt. In der christlichen Lehre seien Dinge enthalten, an welche die Kirche bis jetzt allerdings zu wenig gedacht habe, die aber zu lebendiger Entfaltung gebracht werden können. Die christliche Kirche bezw. deren Diener besäßen ein volles Verständnis für die soziale Entwicklung und träten heraus aus dem christlichen Gedanken an eine Volkserneuerung. Die Sozialdemokratie habe nur eine Formel, eine Schablone für Alles: Enteignung der Arbeitsmittel. Für viele Gebiete möge dieselbe ausreichen, für alle nicht. Die Sozialdemokratie begünstige die Konzentration des Kapitals, in der Voraussicht oder Erwartung, daß dadurch die bürgerliche Gesellschaft sich selber ihr Grab grabe werde. Er halte dies für ein gefährliches va banque-Spiel, welches Alles auf eine Karte setze. Er halte es nicht für nötig, daß die Zustände immer schlechter werden müßten. Die bessernde Hand solle man jeder Zeit überall ansetzen, wo man könne und Achtung haben vor einem Jeden, der ehrlich bestrebt sei, das Wohl des gesammten Volkes zu fördern. (Beifall.) Demnach erhielt das Wort Reichstags-Abgeordneter Vogtner: Derselbe bezeichnete die Versammlung in bezug auf ihre Zusammensetzung als einen Triumph der Sozialdemokratie. Dieselbe habe die bürgerliche Gesellschaft gezwungen, sich mit Dingen zu beschäftigen, die ihr bisher sehr fern lagen, sie vor allem gezwungen, sich den Zustand der gegenwärtigen Verhältnisse zu betrachten. Nicht in allen Punkten erklärte er sich mit dem Glauben von Wächter in Uebereinstimmung der Ansichten. So sei er der Meinung, daß das organisierte Christenthum im politischen Staate eine politische Rolle spiele und demzufolge sehr wohl mit politischen Parteien in Fühlung stehe. Das organisierte Christenthum sei ein wichtiger Faktor des heutigen Staates, dessen Einfluß zu allen möglichen Zwecken benutzt und nicht zum wenigsten gegen die Sozialdemokratie ausgeübt werde. Auch halte er den Sozialismus für eine Weltanschauung, wenn auch nicht die Sozialdemokratie als solche. Weiter sei er nicht der Meinung, daß die Sozialdemokratie eine Majoritätsherrschaft erstrebe, er glaube vielmehr, daß in einer künftigen Gesellschaft die Mehrheit sich der Minderheit gegenüber toleranter erweisen werde, als dies jetzt der Fall sei. Im sozialistischen Sinne lasse sich Religion und Politik nicht trennen. Unser Sozialismus sei unsere Religion, allerdings nicht im Egidy'schen Sinne. Diese Religion

solle jedermann's Privatsache sein, welche die Allgemeinheit nicht kümmern und nicht belasten. Wer einen Seelforger brauche, möge ihn aus eigener Tasche bezahlen. Die Sozialdemokratie habe ein System, aber kein Dogma, keine gewaltsame Einschränkung des gesunden Menschenverstandes, deshalb auch keinen Bannfluch für Andersdenkende. Wer dies behauptete, schäme seine Kenntniss oder Unkenntniss aus der Bourgeoisie naheliegender Quellen, ebenso wer behauptete, daß innerhalb der sozialdemokratischen Partei Selbständigkeit und Unabhängigkeit von vornherein ausgeschlossen seien. Die Sozialdemokratie wende sich an das Volk, d. h. an das Proletariat. Denn wer von den Besitzenden habe den Muth, sich zum Volke zu wenden? Sie (zu den anwesenden Bourgeois) könnten sagen: Wir! Aber wie viele sind Sie denn? (Große Heiterkeit.) Vom Volke spreche man nur, wenn es neue Steuern gelte, wenn es gelte, in den Krieg zu ziehen, wenn man etwas haben wolle. Sonst wisse man sehr wohl den Unterschied zu machen zwischen Besitzenden und der Plebs. (Paula Branoruse.) Der Herr Pfarrer Naumann verwechselte bei dem heutigen Wirtschaftssysteme die Wirkung mit der Ursache. Wenn er für Bodenreform sich begeistere, so rufe er ihm, Sozialdemokrat zu werden, dann sei er zugleich Bodenreformer. (Große Heiterkeit.) Auch die Sozialdemokraten betrachten die Familie als den Kernpunkt des Gemeinwens. Wer zerstücke aber die Familienbände? Diejenigen, welche Frauen und Kinder als billige Arbeitskräfte ausnützen. (Große Beifall.) Die Bände der Familie würden um die Familienglieder nicht fester geschlossen von einem christlichen Staate, in dem als ein erlaubter Grundgesetz gelte, daß der Sohn auf den eigenen Vater zu schießen habe. (Donnernder Applaus.) Wenn man das Volk über die Sozialdemokratie aufklären wolle, dann solle man aber auch die ganze Geschichte der Sozialdemokratie erzählen, nicht allein, was man in Bebel's „Frau“ gelesen und nicht verstanden habe. Dann solle man auch die Zeit von 1878-1890, jene 12 Jahre des Schandgesetzes erzählen, das der christliche Staat gemacht habe. (Brausender Beifall.) Er habe vor diesem christlichen Staate, vor dieser christlichen Gesellschaft verstanden wenig Respekt. Das Christenthum habe es nötig, Dissidenten gegenüber Religionszwang auszuüben, habe es nötig, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, aber nicht nötig, sich in den Dienst des Volkes zu stellen, des Volkes, dem das Christenthum auf grund seiner Stellung als Klasse im Klassenstaate niemals ein Freund und Förderer seines Wohles sein könne. (Amdauernder Beifall.)

Nachdem Genosse Seiler sich kurz im Sinne Vogtner's geäußert und sich sowohl gegen Herrn Oberlieutenant von Egidy wie auch gegen Herrn Pfarrer Naumann gewandt hatte, beantragte von Wächter in anbetraucht der zahlreich vorgemerkten Redner und der Unmöglichkeit, die Versammlung zu beendigen, Vertagung derselben, Vertagung eines kurzen Schlusswortes an ihn und Herrn von Egidy und Einberufung einer neuen Versammlung behufs Fortsetzung der Diskussion. Nach heftiger Debatte wurde dieser Antrag angenommen. Herr von Egidy fand dies nicht in der Ordnung und verzichtete auf ein Schlusswort. Nach einem Schlusswort von Wächter's wurde der Antrag gestellt, den Ueberschuß der Zellersammlung (es sind eingekommen 162,90 M.) der sozialdemokratischen Partei zu überweisen. Dieser Antrag veranlaßte die stürmischsten Auseinandersetzungen. Der Einbrucher der Versammlung, Poggendorf, erklärte, nachdem er schon vorher die Vertagung der Versammlung als einen Kniff bezeichnet hatte, um die Versammlung zu majorisieren, sich keinen Beschlüsse fügen zu wollen. Den Ueberschuß werde er den gemäßigteren Schlichterarbeitern überweisen. Näher beantragte, den Ueberschuß den streitenden Lithographen und Steindruckern zu überweisen. Die Versammlung stimmte schließlich einem Vermittlungsantrage zu, dahingehend, den Ueberschuß der Zellersammlung der Berliner Gewerkschaftskommission zu überweisen. Poggendorf erklärte, individuelle Freiheit genug zu besitzen, sich keinem Beschlüsse zu fügen und das Geld nicht herauszugeben. Geschäfte wolle er damit nicht machen, es aber nur den Schlichterarbeitern auszuhandeln. Das Bureau wurde beauftragt, eine neue Versammlung einzuberufen. Dieselbe findet am Montag, den 28. Oktober cr., in demselben Lokale (Germania-Säle, Chausseestraße) statt.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Wahlkreis hielt am 17. Oktober eine Sitzung ab, in der Dr. Heymann über das Thema „Staat und Gesellschaft“ sprach. Redner setzte an der Hand der Entwicklungsgeschichte der menschlichen Gesellschaft von ihrem Ursprunge an, das Wesen der beiden Begriffe „Staat“ und „Gesellschaft“ auseinander. Er zeigte, daß es im Urzustande der Menschheit, unter dem Kommunismus, keinen Staat in der menschlichen Gesellschaft gegeben, daß ein solcher sich vielmehr erst mit dem Auskommen des Privatguthums entwickelte als die Organisation der Reichen gegenüber den Armen, den Unterthanen zum Schutze der Ersteren in ihrer angemessenen Macht. Hieraus ergab sich ohne Weiteres, daß man in bezug auf das, was die Sozialdemokratie erstrebt, nicht von einem Zukunftsstaate, sondern von einer Zukunfts-gesellschaft sprechen dürfe, in der wohl eine Verwaltung bestehen werde, aber nicht eine Organisation der Herrschaft einer Klasse über die andere. Bevor die Versammlung in eine Diskussion über diesen mit Beifall aufgenommenen Vortrag eintrat, ehrte sie das Andenken der verstorbenen Parteigenossen Paul Helgermann und Hermann Goitwald. Unter Vorsitzendem verlas der Vorsitzende das Ersuchen der Keller, für Inanspruchnahme ihres Arbeitsnachweises, Annenstr. 16, zu sorgen. Zur Entscheidung über einen Zwist zwischen Grube und Gebus wurde eine Kommission von fünf Parteigenossen gewählt. Ein Antrag Nikolai's, in einer der nächsten Sitzungen die Artikel Schippel's in der „Neuen Zeit“ über „Verschiedene Lohnforderungen und Preis der Arbeit“ zu verlesen und zum Gegenstande einer Diskussion zu machen, wurde abgelehnt und statt dessen beschlossen, Genossen Schippel zu einem Referate einzuladen und die betreffende Versammlung um 8 Uhr beginnen zu lassen, damit eine ausgiebige Diskussion sich daran schließen könne. Die Versammlung stimmte dann einer Resolution zu, in der sie den Parteigenossen empfehle, auf den Dienstag außer den Wahlvereins-Versammlungen keine anderen Versammlungen zu legen. Es brachte hierauf Genosse Schulz einen Protest gegen die Wahl des Genossen Antrich zum Delegirten nach Köln ein, über den indessen, da die Wahl Sache einer öffentlichen Versammlung war, zur Tagesordnung übergegangen wurde, nachdem Genosse Antrich sich gegen den in dem Protest enthaltenen Vorwurf verwahrt hatte.

Die Formner hielten am 16. Oktober eine Versammlung ab, die von über dreihundert Personen besucht war. Es war die erste Versammlung der Berliner Formner seit dem Jahre 1890, welche sich eines so guten Besuchs zu erfreuen hatte. Der Vertrauensmann hatte die Versammlung einberufen, um eine gründliche Aussprache über die beste Form der Organisation herbeizuführen. Als Vertreter der drei Vereinigungen, in welchen die Berliner Formner organisiert sind, waren die Genossen Schwarz, Läder (Deutscher Formnerverband), Näher (Berliner Metallarbeiter-Verband) und Bensch (Deutscher Metallarbeiter-Verband) eingeladen und auch erschienen. Schwarz beendete zunächst die Arbeitverhältnisse im Beruf. In den letzten zehn Jahren hätten sich verschiedene Uebelstände herausgebildet. Die alten guten Altkordäfte seien verschwunden und mit ihnen sei eine Einrichtung abgesehafft worden, welche den Formnern erlaubte, ihren tarifmäßigen Verdienst nachzurechnen. Es werde ihnen nicht mehr erlaubt, beim Ausgange ein Art Kontrolle auszuüben, wie früher. Die übergroße Nothzeit wisse heute nicht mehr genau, was sie verdient habe. Allgemeine Zustimmung. Eine Kamalität sei dann die unregelmäßige Arbeitszeit, welche immer mehr einreißt und mit der ein stetiges Sinken der Verdienstmöglichkeit, des Verdienstes Hand in Hand gehe-

Der bedenklichste Uebelstand aber seien die Abzüge für den sogenannten Ausschuß, für unbrauchbare Stühle. Diese Ausschüsse seien noch neu, jange aber zu, sich langsam einzubürgern. Ehe sie sich noch weiter verbreiten kann, müßten gegen sie Vorkehrungen getroffen werden. Zu Leiden hätten die Formner dann noch mit der ganzen Eisenindustrie unter dem Zolltrage zwischen Deutschland und Rußland. Sein Ausgang sei noch nicht abzusehen, die Eisenindustrie Deutschlands werde deshalb zu den schon verlorenen noch eine ganze Reihe russischer Kunden verlieren. Also ein Geschäftsausschlag sei vorläufig auch nicht zu erwarten, eher noch eine Verschlechterung. Unter all diesen Umständen sei es durchaus notwendig, daß die Formner sich eine kräftige Organisation heranzubilden, mit deren Hilfe sie den besprochenen Missethänden entgegenwirken könnten. Er, Redner, glaube, daß ohne Kampf und große Opfer sich Abhilfe schaffen lasse. Arde die sich jetzt in ganz Deutschland wieder hebende Formerbewegung in eine Streikbewegung aus, dann sei sie verloren. Redner hält den Verband der deutschen Formner für die geeignetste Organisation, weil sich einer Fachvereinigung die indifferente Kollegenchaft eher zuwenden, wie einem Industrieverbande. Näher, der darauf das Wort nahm, verteidigte demgegenüber die Industrieverbände, jedoch mit der Einschränkung, daß er ihnen die Existenzberechtigung nur für solche Industrien zusprach, die wie die Metallindustrie Arbeiter aller ihrer Branchen in einem Betriebe vereinigt, unter einem Unternehmer bezw. Unternehmerkonsortium stehend, aufweisen. Einen Verband aller Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie zu schaffen, wie es von den betreffenden Arbeitern beabsichtigt wurde, hält er für verfehlt.

Zum Schluß seiner Ausführungen richtete er an die Versammelten den Wunsch, sich vor allen Dingen überhaupt zu organisiren. Eine Besserung betreffs der mangelhaften Zersplitterung der Kräfte in verschiedenen Organisationen erwartete er von einer besseren Ausgestaltung des öffentlichen Vertrauensmänner-Systems. Der dritte Referent, Bensch, trat ebenfalls für die Industrie-Verbände in längerer Rede ein; er empfahl den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband. An die drei Referate schloß sich eine ausgedehnte Debatte, die sich, was die Sachlichkeit der verschiedenen, gegen einander gerichteten Ausführungen betrifft, vortheilhaft über die Organisationsfrage in vielen anderen Berliner Versammlungen ausgezeichnete. Mehrere Vorschläge beziehungsweise Anträge fanden schließlich ihre Erledigung durch die Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung beschließt, in anbetraucht der Zeitverhältnisse allen Formnern, welche bis jetzt keiner Organisation angehört, die Direktive zu geben, sich dem Zentralverein der deutschen Formner anzuschließen. Betreffs desselben ist die Versammlung der Meinung, daß für die Zukunft das Vertrauensmänner-System wieder angebahnt werden muß und sie beschließt, dies zu thun.“ — Genosse Körtgen erklärte, daß die Formner des Berliner Metallarbeiterverbandes sich dem Beschlusse wohl nicht fügen würden. Nach einem mit Begeisterung aufgenommenen Appell des Vertrauensmannes schloß die Versammlung.

Die in der Belg. und Mühlendbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am 9. Oktober ihre monatliche Verbandsversammlung ab, in der Genosse Hansen einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Die vom zweiten Kassirer verlesene Abrechnung vom letzten Quartal ergab eine Einnahme von 216,90 M. und eine Ausgabe von 177,50 M.; mithin bleibt ein Kassenbestand von 39,40 M. Hieraus verlas der Bewahmündigste Kollege Niehm einen Antrag des Hauptvorstandes, der dahingehet: Soll das Flugblatt bei geringer Auflage noch weiter erscheinen? Die Versammlung beschloß, die Zeitung nicht einzugehen zu lassen, dagegen zu versuchen, daß die Zeitung billiger hergestellt wird. Kollege Niehl theilt mit, daß bei der Firma Gartner, Landsbergerstraße, sämtliche Gesellen und Mannfells, außer den beiden Zuschneidern und einer Stepperin, die Arbeit niedergelegt haben, da der Arbeitgeber die Arbeitszeit verändern wollte, so daß die Arbeiter geschädigt wären, Grund dessen legten sie die Arbeit nieder. Durch das einmüthige Vorgehen der dort Beschäftigten hat sich die Angelegenheit bereits erledigt und haben sämtliche die Arbeit wieder aufgenommen.

Eine Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer tagte am 15. Oktober. Zunächst verlas der Kassirer die Abrechnung, welche einen Bestand von 98,51, der Vergütungsfonds 67,11 M. ergab. Sodann erstattete der Vorsitzende einen Bericht über die Thätigkeit des bisherigen Vorstandes. Hierauf schritt man zur Vorstandswahl; gewählt wurden als erster Vorsitzender Karl Blaurod; als Stellvertreter Knöppchen; als erster Kassirer Poggendorf, Stellvertreter Diebst; als erster Schriftführer Hermsdorf, Stellvertreter Dienert. Der Ausschuß wurde, nachdem derselbe einen Rechenschaftsbericht erstattete, durch die Kollegen Duth und Böllner ergänzt. Als Revisor wurde August Dietrich gewählt.

Die Generalversammlung der Kassirer (Bilale IV), die am 10. Oktober tagte, war außerordentlich gut besucht. Kollege Franz Müller hielt einen Vortrag, der recht beifällig aufgenommen wurde. Sodann erstattete der Vorsitzende den Vierteljahresbericht und verlas den Kassenbericht. Die Einnahme betrug 138,55 M., die Ausgaben 114,80 M.; bleibt 23,75 M. Kassenbestand. Zu der im Januar in Nordhausen stattfindenden Generalversammlung werden folgende Anträge gestellt: 1. Zur Generalversammlung einen Stenographen zu engagiren. 2. Der Zentralvorstande führt die Geschäfte ohne Gehalt. 3. Nur alle 3 Jahre eine Generalversammlung einzuberufen.

Die Kistenmacher hielten am 15. Oktober eine öffentliche Versammlung ab. Der Vertrauensmann Kollege Tschernig verles den Kassenbericht. Danach betragen die Einnahmen 66,89 M., die Ausgaben 10,40 M., Bestand vom 2. Quartal 25,84 M., ergibt einen Kassenbestand von 82,28 M. Sodann wurden einige prinzipielle Entscheidungen des Gewerbegerichts besprochen und beantworteten die Kollegen Tschernig und Märten's mehrere in der Debatte angeregte Fragen. Hierauf hielt Genosse Tim einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Bedeutung und Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.“ Im Anschluß an das Referat nahm die Versammlung eine im Sinne des Vortrages gehaltene Resolution an. Der Vertrauensmann Tschernig, Fürstenstraße 11, 3 Tr., macht bekannt, daß bei ihm Sammelbons in Empfang genommen werden können.

Der allgemeine Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenverein tagte am 13. Oktober. Der vom Kassirer verlesene Kassenbericht weist eine Einnahme von 116,90 M. und eine Ausgabe von 53,25 M. auf. Das Sommervergnügen ergab einen Ueberschuß von 19,60 M. Unter Vereinsangelegenheiten wird bekannt gegeben, daß das Stiftungsfest am 25. November stattfindet.

Im Verein deutscher Schuhmacher (Berlin I), der am 15. Oktober seine Sitzung abhielt, sprach Hrl. Baader über das Thema: „Vom Rechte, das mit uns geboren“. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine lebhafteste Diskussion, an der sich die Kollegen Schichold, Hammacher und Grismacher betheiligten. Sodann gab der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Versammlung am 6. November Annenstr. 16 stattfindet.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher (Gesellschaft Berlin). Donnerstag, den 19. Oktober, Abends 10 Uhr, Nothm. Kassirer: 28; Generalsekretär: 28. Der „Johannessen“-Verein für Eisenbahn-Reform veranstaltete am Donnerstag, den 19. Oktober, Abends 8 Uhr, im Restaurant 28, 28, eine Versammlung, in der Herr Dr. Oswald Engel einen Vortrag über Minister Thelen als Eisenbahn-Reformator halten wird. Berlin für volkthümliches Genuß. Donnerstag, den 19. Oktober, Abends 7 Uhr, bei Wille, Androstr. 26, Eisen-Prüflicher werden aufgenommen.







Die deutschen Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1892.

(Vergl. siehe umseitig.)

Uebersicht über die Zahl und Stärke der deutschen Gewerkschaftsorganisationen.

Table with columns: Laufende Nummer, Name der Organisation, Zahl der Mitglieder, Zahl der Ortsvereine, Zahl der Ortsvereine, etc. It lists various trade unions and their statistics for 1892.

Erklärung der Abkürzungen: 1) Darunter 2000 1892; 2) Darunter 1891; 3) Darunter 1890; 4) Darunter 1889; 5) Darunter 1888; 6) Darunter 1887; 7) Darunter 1886; 8) Darunter 1885; 9) Darunter 1884; 10) Darunter 1883; 11) Darunter 1882; 12) Darunter 1881; 13) Darunter 1880; 14) Darunter 1879; 15) Darunter 1878; 16) Darunter 1877; 17) Darunter 1876; 18) Darunter 1875; 19) Darunter 1874; 20) Darunter 1873; 21) Darunter 1872; 22) Darunter 1871; 23) Darunter 1870; 24) Darunter 1869; 25) Darunter 1868; 26) Darunter 1867; 27) Darunter 1866; 28) Darunter 1865; 29) Darunter 1864; 30) Darunter 1863; 31) Darunter 1862; 32) Darunter 1861; 33) Darunter 1860; 34) Darunter 1859; 35) Darunter 1858; 36) Darunter 1857; 37) Darunter 1856; 38) Darunter 1855; 39) Darunter 1854; 40) Darunter 1853; 41) Darunter 1852; 42) Darunter 1851; 43) Darunter 1850; 44) Darunter 1849; 45) Darunter 1848; 46) Darunter 1847; 47) Darunter 1846; 48) Darunter 1845; 49) Darunter 1844; 50) Darunter 1843; 51) Darunter 1842; 52) Darunter 1841; 53) Darunter 1840; 54) Darunter 1839; 55) Darunter 1838; 56) Darunter 1837; 57) Darunter 1836; 58) Darunter 1835; 59) Darunter 1834; 60) Darunter 1833; 61) Darunter 1832; 62) Darunter 1831; 63) Darunter 1830; 64) Darunter 1829; 65) Darunter 1828; 66) Darunter 1827; 67) Darunter 1826; 68) Darunter 1825; 69) Darunter 1824; 70) Darunter 1823; 71) Darunter 1822; 72) Darunter 1821; 73) Darunter 1820; 74) Darunter 1819; 75) Darunter 1818; 76) Darunter 1817; 77) Darunter 1816; 78) Darunter 1815; 79) Darunter 1814; 80) Darunter 1813; 81) Darunter 1812; 82) Darunter 1811; 83) Darunter 1810; 84) Darunter 1809; 85) Darunter 1808; 86) Darunter 1807; 87) Darunter 1806; 88) Darunter 1805; 89) Darunter 1804; 90) Darunter 1803; 91) Darunter 1802; 92) Darunter 1801; 93) Darunter 1800; 94) Darunter 1899; 95) Darunter 1898; 96) Darunter 1897; 97) Darunter 1896; 98) Darunter 1895; 99) Darunter 1894; 100) Darunter 1893.



den Male tritt die Generalkommission der Gewerkschafts mit einer wertvollen statistischen Arbeit... Die statistische Uebersicht über die Zahl der deutschen Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1892...

Die Zahl der deutschen Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1892 ist infolgedessen etwas besser als die des Jahres 1891...

Die Gewerkschafts-Organisationen sind im Jahre 1892 im Vergleich mit dem Jahre 1891... Die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften im Jahre 1892...

Die Gewerkschaften sind im Jahre 1892 im Vergleich mit dem Jahre 1891... Die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften im Jahre 1892...

Nach der Ansicht der Generalkommission, die wohl zutreffen dürfte, hätte also die Erde bei den Organisationen, die ohne wesentliche Aktionen dem industriellen Niedergang mit feinen Folgen zugehen...

Summen aus. In eine lebhaftere Aktion traten, abgesehen von den Buchdruckern, die anfangs des Jahres noch an ihrem Streik und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit...

1. Ziehung der 4. Klasse 189. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with 10 columns of numbers for the 189th lottery drawing. Includes sub-headers for 'Ziehung am 18. Oktober 1892' and 'Für die Gewinne über 210 Mark'.

1. Ziehung der 4. Klasse 189. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with 10 columns of numbers for the 189th lottery drawing. Includes sub-headers for 'Ziehung am 18. Oktober 1892' and 'Für die Gewinne über 210 Mark'.

Buchdrucker 121 165 M., die Kupferschmiede 25 474 M., das sind 3/4 ihrer Gesamteinnahme...

Der Parteitag in Köln wird sich aller Voraussicht nach sehr eingehend mit der Frage der gewerkschaftlichen Organisation befassen...

Die hier abgedruckte Tabelle verdient genau studiert zu werden, sie wird sehr viel dazu beitragen, daß ein richtiges Urteil über die deutsche Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden kann...

Table with 10 columns of numbers for the 189th lottery drawing. Includes sub-headers for 'Ziehung am 18. Oktober 1892' and 'Für die Gewinne über 210 Mark'.